

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Bericht zu den Legislatorschwerpunkten 2010–2014

Antrag:

Vom Bericht zu den Legislatorschwerpunkten 2010–2014 des Stadtrates von Winterthur wird Kenntnis genommen.

Weisung:

1. Ausgangslage

Nach dem Amtsantritt am 5. Mai 2010 legte der Stadtrat als politisches Programm die Schwerpunkte für die vierjährige Legislaturperiode fest und unterbreitete sie dem Grossen Gemeinderat und der Öffentlichkeit. Das Stadtparlament nahm am 8. November 2010 davon Kenntnis. Mitte der Amtszeit, im Juni 2012, zog der Stadtrat eine Zwischenbilanz und stellte fest, dass er in der Umsetzung seines Legislaturprogramms grundsätzlich gut unterwegs sei. Im Hinblick auf das Ende der Amtsperiode hat der Stadtrat nun eine Gesamtbeurteilung über die Zielerreichung vorgenommen.

2. Gesamtbeurteilung

Der Stadtrat hat auf vielen Gebieten die Ziele erreichen können, die er sich gesteckt hatte. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Attraktivität Winterthurs als Arbeits- und Wohnort weiterhin ausgezeichnet ist. Trotz des Wachstums ist es gelungen, die traditionellen Qualitäten zu erhalten. Getrübt wird das an sich positive Gesamtergebnis jedoch durch den Umstand, dass der neue kantonale Finanzausgleich nicht die erhoffte grundlegende Entlastung für die Stadt brachte.

Generelle Zielsetzung in der ablaufenden Legislaturperiode war eine nachhaltige Entwicklung in den drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft. Grosse Erfolge hierbei stellten zum Beispiel das Ja des Stimmvolkes zum stadträtlichen Gegenvorschlag zur «Winergie 2050»-Initiative oder die umfangreichen Planungen in den Gebieten der Planungszone Neuhegi-Grüze und des Werk1 dar. Eine erfreuliche Entwicklung nahm auch das Projekt Wülflingen, bei dem in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung griffige Massnahmen entwickelt werden, um die Lebensqualität zu verbessern. Weitere Erfolge kann der Stadtrat exemplarisch mit der Verabschiedung des städtischen Gesamtverkehrskonzepts, mit der Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, bei der Kooperation mit privaten und öffentlichen Institutionen oder etwa beim Ausbau der Investitionen in erneuerbare Energien vorweisen.

3. Detailbericht (Beilage)

In der Beilage erstattet der Stadtrat detailliert Bericht zu den Legislatorschwerpunkten 2010-2014.

4. Ampelsystem

Ergänzend zur Berichterstattung in Textform wurde erstmals ein Ampelsystem angewandt. Damit soll zu jedem Vorhaben von hoher Bedeutung eine zusammenfassende Grobklassierung nach dem erreichten Erfüllungsgrad vorgenommen werden: Vorhaben, die ganz realisiert werden konnten, sind grün klassiert, teilweise umgesetzte gelb und nicht erfüllte rot.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Stadtpräsidenten übertragen bzw. für die einzelnen Departemente den jeweiligen Departementsvorsteherinnen und Departementsvorstehern.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder

Beilage:

- Bilanz Legislatorschwerpunkte

Synopse zur Berichterstattung über die Legislatorschwerpunkte 2010 – 2014 des Stadtrates Winterthur

Ausgangslage

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Die Stadt Winterthur hat sich im neuen Jahrhundert insgesamt positiv entwickelt. Es ist gelungen, die Industriekrise der 1990er-Jahre zu überwinden und sich als attraktives und dynamisches Zentrum zu etablieren.</p> <p>Winterthur hat auf seine Stärken gesetzt. Dazu gehören die ausgezeichnete Lage im Metropolitanraum Zürich sowie das eigenständige Profil. Die Kraft zur Erneuerung und der Wille zur Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure bildeten die Grundlage für die positive Entwicklung. Die noch stärkere Profilierung als Kultur- und Bildungsstadt hat den Charakter der Stadt, das Lebensgefühl und die Aussenwahrnehmung besonders positiv beeinflusst.</p> <p>Die Attraktivität der Stadt lässt sich unter anderem am Bevölkerungswachstum feststellen. Im Sommer 2008 überschritt die Bevölkerungszahl mit 100 000 die Schwelle zur Grossstadt. Sie hatte sich bereits einmal auf dem Weg zu dieser Marke befunden, bevor in den 1970er-Jahren ein starker Rückgang und in den 1980er-Jahren eine Stagnation eintraten. Für die Bereitstellung des nachgefragten Wohnraums sind in den</p>	<p>Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass sich die Ausgangslage, wie sie sich vor Beginn der Legislaturperiode 2010–2014 darstellte, im Verlauf der letzten vier Jahre nicht grundlegend verändert hat. Eine wichtige Ausnahme stellt die Einführung des neuen kantonalen Finanzausgleichs dar. Dieser hat nicht die erhoffte Entlastung gebracht, da der Zentrumslastenausgleich mit 86 Millionen Franken viel zu tief angesetzt ist. Der Stadtrat wird sich deshalb beim Kanton dafür einsetzen, dass die Stadt Winterthur ihre finanzielle Situation nachhaltig verbessern kann. Insbesondere strebt er in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und im Dialog mit dem Kanton eine gerechtere Verteilung der Soziallasten im Kanton Zürich an. Die finanziell angespannte Situation führte unter anderem auch dazu, dass nicht alle anvisierten Ziele der Legislaturperiode 2010–14 erreicht werden konnten. Trotz schwieriger Finanzlage ist aber zu erwähnen, dass die Stadt Winterthur unter den zehn grössten Schweizer Städten nach wie vor den zweittiefsten Steuerfuss hat und auch einen deutlich tieferen Steuerfuss aufweist als noch im Jahr 2002.</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Jahren 2003 bis 2009 rund 4600 neue Wohnungen entstanden. Trotzdem herrscht nach wie vor in allen Segmenten Wohnungsknappheit.</p> <p>Stark angestiegen ist von 2005 bis 2008 auch die Anzahl Arbeitsplätze. Gemäss Betriebszählung des Bundes nahm sie um 8,7 Prozent auf 56 357 zu. Diese Zunahme ist höher als im schweizerischen Durchschnitt. Winterthur hat 2008 somit wieder in etwa gleich viele Arbeitsplätze angeboten wie vor der Industriekrise in den 1990er-Jahren. Die folgende Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich dann auch in Winterthur bemerkbar gemacht. Nach drei relativ stabilen Jahren stiegen die Aufwendungen der Stadt für die soziale Sicherung 2009 deutlich an. Der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt wurde für viele deutlich schwieriger. Die soziale Sicherheit in Winterthur ist aber nach wie vor hoch.</p> <p>Die Lebensqualität in Winterthur wird als sehr hoch beurteilt. Die Bevölkerungsbefragungen von 2007 und 2009 haben gezeigt, dass die Winterthurerinnen und Winterthurer sehr gerne in ihrer Stadt leben und die gebotene Lebensqualität schätzen. Sehr erfreulich ist, dass auch die junge Bevölkerung die Lebensqualität 2009 noch höher einschätzt als 2007. Als grösste Problemfelder angegeben wurden 2009 der Privatverkehr, die Sauberkeit, die Kriminalität und die Wohnungssituation.</p> <p>Das Wachstum und der Wandel der Stadt haben in der Bevölkerung auch Besorgnis und Ängste hervorgerufen. Dabei geht es vor allem um die städtebauliche Verdichtung, die Verkehrsbelastung, die steigende Be-</p>	

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>völkerungszahl, die Verfügbarkeit von günstigem Wohnraum und die Identität Winterthurs. In verschiedenen öffentlichen Forumsveranstaltungen sind Themen um die Entwicklung der wachsenden Stadt aufgenommen und vertieft worden.</p> <p>In der Verkehrspolitik ist es dem Stadtrat nicht gelungen, auf übergeordneten Ebenen Unterstützung für eine das Zentrum entlastende Umfahrung und für neue Erschliessungsstrassen zu erhalten. Im innerstädtischen öffentlichen Verkehr sowie beim Langsamverkehr konnten Verbesserungen erreicht werden.</p> <p>Mit der Deindustrialisierung und dem Wachstum einher ging die neue, gemischte Nutzung ehemaliger Industrieareale. Im Stadtzentrum und in Neuhegi haben erfreuliche Entwicklungen eingesetzt, an beiden Orten mit attraktiven neuen Wohnangeboten. Auf dem Sulzerareal Stadtmitte sind in verschiedenen Segmenten neue, zukunftsweisende Arbeitsplätze entstanden, und das Areal hat sich zu einem neuen Quartier mit eigenem Charakter entwickelt. In Neuhegi fehlt es noch an verbindlich festgesetzten Planungsrichtlinien, die eine Entwicklung sicherstellen, welche die öffentlichen Interessen berücksichtigt. Die kantonale Baudirektion hat deshalb auf Antrag des Stadtrates über das Gebiet Neuhegi-Grüze eine Planungszone festgesetzt. In den nächsten drei Jahren wird ein verbindliches Regelwerk zu schaffen sein, damit in diesem Gebiet die notwendige Planungssicherheit für eine nachhaltige Stadtentwicklung garantiert werden kann.</p>	

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Die Stadt Winterthur hat sich im Umwelt- und Energiebereich zunehmend an der Spitze positioniert. Die Stadt nimmt eine aktive Rolle in der Energie- und Klimapolitik ein. Bei der Rezertifizierung als Energiestadt erhielt Winterthur 2007 den «European Energy Award Gold». Im November 2009 wurde der Verein «Energie bewegt Winterthur» gegründet.</p> <p>Ebenso nimmt die Stadt einen Spitzenplatz bezüglich Sicherheit ein. Im Jahr 2009 wurde Winterthur als die nach objektiven Daten sicherste Grossstadt beschrieben.</p> <p>Die Finanzlage der Stadt war in den letzten beiden Jahren angespannt. Im heute noch geltenden System des Zürcher Finanzausgleichs war es der Stadt nicht möglich, eine eigenständige Finanzpolitik zu betreiben. Ab 2012 soll das neue System greifen, welches Winterthur mehr Eigenständigkeit gibt. Der Stadt ist es dank intensiver Überzeugungsarbeit gelungen, bei der Reform des Finanzausgleichs im Juni 2010 im Kantonsrat eine finanziell zwar knappe, aber tragfähige Lösung zu erreichen. Für eine nachhaltige Finanzpolitik und eine sichere Zukunft ist es notwendig, in den nächsten Jahren Eigenkapital zu äufnen, das geeignet ist, eine konjunkturelle Krise selbstständig zu bewältigen. Eine besondere Herausforderung liegt zudem beim nach wie vor hohen Investitionsbedarf in die bestehende und zu entwickelnde Infrastruktur der Stadt.</p>	

Generelle Zielsetzung

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
<p>Nachhaltige Entwicklung in allen Dimensionen</p>	<p>Alle Menschen, die in Winterthur leben, sollen ihr Leben nach ihren Bedürfnissen gestalten können. Ihr Handeln soll aber denjenigen Menschen, die in Zukunft in Winterthur leben werden, dieselbe Gestaltungsfreiheit ermöglichen. Die nachhaltige Entwicklung der Stadt Winterthur ist die generelle Zielsetzung des Stadtrates.</p> <p>Der Stadtrat setzt sich in seinen Entscheidungen und Handlungen für alle drei von den Vereinten Nationen definierten Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung ein: die ökologische, die ökonomische und die soziale Nachhaltigkeit. Die ökologische Nachhaltigkeit will die Natur und Umwelt für die nachfolgenden Generationen erhalten. Die ökonomische Nachhaltigkeit strebt eine Wirtschaft an, die eine dauerhafte Grundlage für Erwerb und Wohlstand bietet. Die soziale Nachhaltigkeit hat eine Gesellschaft zum Ziel, die solidarisch und zukunftsfähig ist und an der alle Mitglieder teilhaben können.</p> <p>Für Winterthur stehen ein sorgsamer Umgang mit Mobilität und Energie, eine nachhaltige Infrastruktur, eine prosperierende Wirtschaft und eine gesunde Finanzlage der Stadt sowie ein sicherer öffentlicher Raum, funktionierende soziale Strukturen und eine Kultur des Dialogs im Vordergrund.</p>	<p>Eine nachhaltige Entwicklung wurde und wird grossgeschrieben, und zwar auf allen Ebenen, selbstverständlich stets auch mit Blick auf die verfügbaren finanziellen Mittel. Ökologische Nachhaltigkeit soll beispielweise durch das Anstreben der 2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft erreicht werden. Wichtig vor diesem Hintergrund war das Ja des Stimmvolkes zum stadträtlichen Gegenvorschlag zur «Winergie 2050»-Initiative. Ökonomische Nachhaltigkeit wird etwa angestrebt, indem im Bereich der Planungszone Neuhegi-Grüze und beim Werk 1 (Sulzerareal Stadtmitte) dank der entsprechenden Planungen zukunftsorientierte, moderne und ausgewogene Quartiere entstehen sollen. Soziale Nachhaltigkeit wird ebenfalls auf verschiedenen Ebenen und mit entsprechenden Massnahmen anvisiert, etwa indem Kinder und Jugendliche gezielt gefördert werden oder älteren Menschen ein würdevolles Altern ermöglicht wird.</p> <p>Ein Kernproblem, das die Stadt Winterthur hat, betrifft die Finanzlage. Bei der Abwägung von Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung in allen Dimensionen musste aufgrund der aktuellen Finanzprobleme stets zwischen Wünschbarem und Machbarem unterschieden werden. Nicht immer war es möglich, diejenigen Massnahmen zu ergreifen, die den Zielen der nachhaltigen Entwicklung am besten entsprechen würden.</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Der Stadtrat verpflichtet sich, sein Handeln am Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt Winterthur auszurichten. Er hat dazu Grundsätze formuliert, die für ihn handlungsleitend sind.</p>	
<p>Handlungsleitende Grundsätze</p>	<p>Der Stadtrat will seinen Teil der Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung wahrnehmen. Er tut dies mit der Steuerung der Stadtentwicklung, durch vorausschauende Planung und durch die Förderung von Kooperationen und Partizipation.</p> <p>Innerhalb der Verwaltung wird die Vernetzung der Fachstellen und Organisationen, die sich mit einer nachhaltigen Entwicklung befassen, gepflegt und optimiert. Die Zusammenarbeit mit privaten oder staatlichen Akteurinnen und Akteuren in der Stadt und der Region wird initiiert, unterstützt und ausgebaut. Dies im Sinne von gemeinsamen Plattformen ebenso wie in der Umsetzung gemeinsamer Projekte.</p> <p>Der Dialog mit der Bevölkerung über die Entwicklung von Winterthur hat für den Stadtrat hohe Priorität. Er macht von seinen Entscheiden betroffene Personen zu Beteiligten. Und er hat ein offenes Ohr für Anliegen aus der Bevölkerung, nimmt sie auf und setzt sich, wenn möglich in Kooperation mit der Bevölkerung, für pragmatische Lösungen ein.</p> <p>Stadtrat und Verwaltung verhalten sich in Fragen der Nachhaltigkeit vorbildlich. Das bezieht sich auf konkrete Massnahmen in allen drei Dimensionen der Nach-</p>	<p>Auf die Steuerung der Stadtentwicklung und die vorausschauende Planung wurde grosses Gewicht gelegt. Das städtische Gesamtverkehrskonzept (sGVK), die umfangreichen Arbeiten im Zusammenhang mit der Planungszone Neuhegi-Grüze und beim Werk 1 oder auch die Förderung von genossenschaftlichem Wohnungsbau zeugen beispielhaft davon.</p> <p>Kooperationen wurden auf manchen Ebenen eingegangen, gepflegt und ausgebaut. Erwähnt werden können hierbei unter anderem die Etablierung des Netzwerkes Gesundheitsökonomie, das Projekt Energiewende Winterthur oder auch der institutionalisierte Kulturaustausch mit Bund, Kantonen und Städten sowie die Zusammenarbeit mit der Stadt Schaffhausen in Bezug auf ein gemeinsames zweites Rechnungszentrum.</p> <p>Dialogorientierte Projekte wie in Töss und Wülflingen oder auch die verschiedenen Landsgemeinden in den Stadtteilen stellen wichtige Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung dar.</p> <p>Die Zusammenarbeit und Vernetzung der Fachstellen in der Verwaltung wurde gepflegt und nach Möglichkeit optimiert: So wurde zum Beispiel der Aufbau eines gemeinsamen Zentrums für Energie und nachhaltiges Bauen geprüft, gleichzeitig wurde die Zusammenarbeit zwischen der Fachstelle Energie des Baupolizeiamtes und Stadtwerk laufend vertieft. Das Förderprogramm Energie wurde eingeführt in enger Koordination von Stadtwerk mit dem Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz. Zudem konnte Stadtwerk, unterstützt durch private Energieberatungsfirmer, eine</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>haltigkeit ebenso wie auf eine transparente und kundinnen- und kundenorientierte Verwaltung.</p> <p>Für eine nachhaltige Entwicklung müssen alle ihren Anteil an Verantwortung übernehmen: Unternehmen, Organisationen, Interessengruppen, Parlament und Bevölkerung. Der Stadtrat setzt sich zum Ziel, zur allgemeinen Sensibilisierung in Nachhaltigkeitsfragen und zum Austausch zwischen den Interessengruppen beizutragen. Er wirkt auf eine Gesellschaft hin, die von Eigenverantwortung und Solidarität geprägt ist.</p>	<p>Energieberatung aufbauen.</p> <p>Auch bei der transparenten und kundinnen- und kundenorientierten Verwaltung wurden Fortschritte erreicht. Zu nennen ist hierbei etwa das Projekt Fokus, die Zusammenlegung wesentlicher Teile der Stadtverwaltung, das für die Bevölkerung ab 2015 wichtige Verbesserungen zeitigen wird. Daneben wurden auch im Kleinen Verbesserungen erzielt, beispielsweise mit der Eröffnung des renovierten Lesesaals im Stadtarchiv. Nicht im gewünschten Umfang realisieren liess sich hingegen – insbesondere aus finanziellen Gründen – der Ausbau des E-Government.</p>

Schwerpunkte und Leitlinien

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
Hohe Lebensqualität für alle	<p>Winterthur soll eine Stadt für alle sein: für junge und ältere, reiche und arme Menschen, Zugezogene und Alteingesessene, in neuen urbanen wie auch in gewachsenen Quartieren Wohnende, für Menschen, die im Zentrum und am Rande der Gesellschaft leben. Deshalb wird Integration in einem umfassenden Sinn gelebt und gefördert. Der Stadtrat setzt sich dafür ein, dass die Voraussetzungen gegeben sind, damit alle Mitglieder der Gesellschaft eine hohe Lebensqualität erreichen können.</p> <p>Die Vielfalt der Lebensformen in der Stadt und eine gute Durchmischung werden gefördert. Es wird für alle Gesellschaftsschichten und Generationen eine ange-</p>	<p>Damit möglichst alle Winterthurerinnen und Winterthurer eine hohe Lebensqualität geniessen können, wurden verschiedene Massnahmen ergriffen. Um Wohnraum für alle Bedürfnisse zur Verfügung stellen zu können, hat der Stadtrat beispielsweise seine Wohnungspolitik im Verlauf der Legislaturperiode justiert: Nebst dem Wohnungsbau für mittlere und gehobene Ansprüche wird gezielt auch der gemeinnützige Wohnungsbau gefördert.</p> <p>Die Integration wird auf vielen Ebenen mit zahlreichen Projekten und Massnahmen unterstützt, sei es im Bereich der Früh-, Kinder- und Jugendförderung, im Bereich der beruflichen oder religiösen Integration oder auch durch das Ergreifen und Umsetzen von Massnahmen zugunsten der älteren Menschen.</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>messene Wohnqualität angestrebt. Die wachsende Stadt soll weiterhin Räume und Freiräume für organisierte oder individuelle Aktivitäten zur Verfügung stellen. Ein hochwertiges Angebot für die Freizeitgestaltung bildet die Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität und Standortattraktivität.</p> <p>Für eine eigenständige Entwicklung der Stadt und eine hohe Lebensqualität der Bevölkerung braucht es tragfähige wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten. Winterthur soll gute Rahmenbedingungen für Unternehmungen und attraktive Arbeitsplätze ebenso anbieten wie ein breites Aus- und Weiterbildungsangebot.</p> <p>Entscheidend ist sodann ein Umfeld, das Sicherheit bietet. Die Sicherheit in der Stadt soll durch ein Zusammenspiel verschiedenster Elemente gewährleistet werden. Dazu gehören eine wirkungsorientierte und bevölkerungsnaher Polizei, optimal zusammenarbeitende und funktionierende Notfallorganisationen, Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration sowie die Gewährleistung sozialer Sicherheit in Notsituationen. Der Prävention soll vermehrt Beachtung geschenkt werden. Gut durchmischte Quartiere dienen der sozialen Kontrolle. Stadtteile, die nur zu gewissen Zeiten belebt sind, sind zu vermeiden. Orts- und Quartiervereine fördern den sozialen Zusammenhalt und haben seismografische Funktion für die Früherkennung von gesellschaftlichen Veränderungen.</p> <p>Die Mobilität ist ein Mittel der Lebensgestaltung. Sie soll so koordiniert und gesteuert werden, dass sie zur hohen Lebens-, Umwelt- und Arbeitsqualität in der</p>	<p>Räume und Freiräume wurden durch die Stadt in möglichst grossem Umfang zur Verfügung gestellt. Zu nennen vor diesem Hintergrund sind etwa das Projekt «Raum für Bewegung und Sport», der Gestaltungsplan für die Sport- und Freizeitanlage Reitplatz, die Sanierung der Walcheweier, die diversen Angebote im Bereich der Jugendarbeit oder die geplanten attraktiven Freiräume im Rahmen des Gestaltungsplans Werk 1. Offenkundig werden allerdings die Freiraumbemühungen der Stadt durch Teile der Öffentlichkeit anders wahrgenommen – die Freiraumdemonstrationen vom Herbst 2013 zeugen davon.</p> <p>Winterthur gilt jedoch weiterhin als eine der sichersten Städte der Schweiz. In der Volksabstimmung vom 25. November 2012 wurde zwar die Volksinitiative «Mehr Sicherheit für die Grossstadt Winterthur» abgelehnt, ein von Stadtrat und Grosse Gemeinderat ausgearbeiteter Gegenvorschlag aber klar angenommen. Demgemäss soll der Bestand vereidigter Polizistinnen und Polizisten bei der Stadtpolizei bis 2016 auf 217 Stellen erhöht werden. Der Einsatz der zusätzlichen Korpsangehörigen soll unter Berücksichtigung eines städtischen Sicherheitskonzepts erfolgen, das auch Aspekte der sozialen, planerischen und baulichen Sicherheit sowie die Tätigkeitsfelder Schule, Sozialarbeit, Stadt- und Quartierentwicklung umfasst. Der Stadtrat hat eine entsprechende Umsetzungsvorlage dem Grosse Gemeinderat überwiesen. Das Sicherheitskonzept wird derzeit unter Federführung der Stadtpolizei im Rahmen einer interdisziplinären Projektorganisation erarbeitet.</p> <p>Auf eine gute Durchmischung der Quartiere mit einem Nebeneinander von Wohn- und Arbeitsplätzen wie auch von unterschiedlichen Alters- und Gesellschaftsgruppen wurde insbesondere bei den Planungen für das Entwicklungsgebiet Neuhegi-Grüze und für das Sulzerareal Werk 1 grosser Wert gelegt.</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Stadt beiträgt.</p> <p>Damit der Stadtrat das Ziel einer hohen Lebensqualität für alle verfolgen kann, beschafft und erstellt er planerische und statistische Grundlagen, welche als Basis für die Steuerung der Stadtentwicklung dienen.</p>	<p>Um möglichst gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen, wurden verschiedene Massnahmen getroffen. Diese tragen dazu bei, einerseits Winterthurs Standortqualitäten nach aussen zu vermarkten und andererseits ansässige Unternehmen zu pflegen oder Neuansiedlungen zu ermöglichen. Dazu gehört etwa die Sicherung von industriellen und gewerblichen Flächenpotenzialen. Zudem verfügt die Stadt unter anderem dank der ZHAW über ein hervorragendes Aus- und Weiterbildungsangebot.</p> <p>Dem heutigen und vor allem dem künftigen Umgang mit Mobilität, die eng verknüpft ist mit Lebens-, Umwelt- und Arbeitsqualität, liegt das städtische Gesamtverkehrskonzept (sGVK) zugrunde. Dieses wurde durch das Parlament einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Auf Stärken bauen</p>	<p>Die Stadt Winterthur bietet gute Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität für alle. Der Stadtrat will auf die vorhandenen Stärken bauen.</p> <p>Winterthur soll seine Identität behalten. Es soll weiterhin eine Stadt sein, in der man sich kennt, sich sicher fühlt und gerne zuhause ist. Der persönliche Charakter gehört ebenso zu den Stärken wie das hochwertige Kultur- und Freizeitangebot sowie die das Stadtbild prägenden Grünräume und die naturnahen Erholungsräume innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebietes.</p> <p>Vorhandene Stärken sind die ausgeprägte Kooperations- und Erneuerungskraft. Die wirtschaftliche Entwicklung soll in den gewachsenen Bereichen weiter</p>	<p>Die Stadt Winterthur konnte ihre eigenständige Identität zweifelsohne bewahren. Der persönliche Charakter blieb erhalten – trotz des enormen Bevölkerungswachstums der letzten Jahre. Das Angebot in den Bereichen Kultur und Freizeit ist hervorragend, auch wenn im Rahmen der aktuellen Sparbemühungen Abstriche gemacht werden müssen. Die für das Stadtbild und das Wohlbefinden der Bevölkerung so wichtigen Grün- und Erholungsräume geniessen einen hohen Stellenwert, was sich zum Beispiel mit dem geplanten Grünraumgürtel in der Planungszone Neuhegi-Grüze und in der bewussten Vernetzung des urbanen Raumes mit dem Landwirtschaftsgebiet und dem Wald zeigt.</p> <p>Die angepeilte weitere Stärkung der Cluster in den Bereichen Technologie/Erneuerbare Energien, Gesundheit und Versicherung wurde erreicht. Das Stimmvolk bewilligte zudem in dieser Legislaturperiode wichtige Investitionen in erneuerbare Energien</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14		Text Berichterstattung
	<p>gestärkt werden. Die Cluster-Bildung in Bereichen wie Technologie/Erneuerbare Energien, Gesundheit und Versicherungen wird weiter vorangetrieben.</p> <p>Zu den traditionellen Stärken sind im vergangenen Jahrzehnt neue hinzugekommen. So hat sich die Stadt zu einem Zentrum für praxisorientierte Ausbildung und angewandte Forschung entwickelt. Die Bevölkerung konnte zudem ein neues Selbstbewusstsein entwickeln, in einem eigenständigen und attraktiven Zentrum im Metropolitanraum Zürich zu leben.</p>		<p>im Rahmen des «Energie Contracting».</p>
<p>Aufbruch und Dynamik</p>	<p>Der Stadtrat will nicht nur die Stärken erhalten und bewahren. Winterthur soll auch die neuen Chancen nutzen, welche ihr die angebrochene Dynamik bietet.</p> <p>Damit sich die innovative Kraft entwickeln kann, sollen engagierte Personen, Organisationen und Unternehmen den notwendigen Freiraum finden. Der Stadtrat will dafür sorgen, dass Pionierleistungen in innovativen und wertschöpfungsintensiven Wirtschaftszweigen sowie im Umwelt- und Energiebereich möglich sind und zum Selbstbewusstsein der Bevölkerung und zur Ausstrahlungskraft der Stadt beitragen.</p> <p>Die neuen Chancen sollen genutzt werden, aber nicht auf Kosten der bestehenden Stärken. Für den Stadtrat steht nicht die quantitative, sondern die qualitative Entwicklung im Vordergrund.</p>		<p>Die Voraussetzungen für wirtschaftliche und technische Innovationen sind in Winterthur weiterhin gut. In der Zusammenarbeit von ZHAW, Technopark, MSW und ZAG mit der örtlichen Wirtschaft liegt nach wie vor viel Potenzial. Auch die erfolgreiche Neuansiedlung von Firmen durch die Standortförderung (z.B. DMG Mori) erhöht die Chancen für herausragende Neuentwicklungen. Spektakuläre Pionierleistungen waren aber in den vier Berichtsjahren noch nicht zu verzeichnen.</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
Kooperation und Netzwerke	<p>Eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Winterthur ist das Pflegen von Kooperationen und Netzwerken auf allen Ebenen.</p> <p>Die gute Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Institutionen auf dem Platz Winterthur gehört zu den charakteristischen Merkmalen der Stadt. Diese Qualität gilt es weiter auszubauen. Sie ist die Grundlage für breit abgestützte Prozesse sowie für die Umsetzung gemeinsamer Projekte.</p> <p>In den Aussenbeziehungen nimmt die Stadt aktiv teil in Netzwerken, insbesondere im Metropolitanraum Zürich. Netzwerke sind wichtig, um sich gemeinsam mit anderen für Vorhaben einzusetzen, welche für die Entwicklung von Winterthur von Bedeutung sind.</p>	<p>Die Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Institutionen wurde im bewährten Rahmen und in mannigfacher Art und Weise weitergeführt. Zu den gemeinsamen Projekten gehören beispielsweise das Projekt «Spitex Plus» zusammen mit der ZHAW, der Gestaltungsplan Talgut, die Planungszone Neuhegi-Grüze oder auch der Leitfaden zur Gartenstadt und das Netzwerk Gesundheitsökonomie.</p> <p>Durch die Mitwirkung im Metropolitanraum Zürich konnten insbesondere städtische Forderungen betreffend den Ausbau der nationalen Verkehrsinfrastruktur verstärkt eingebracht und gemeinsam vertreten werden. In raumplanerischer Hinsicht wurden zudem gemeinsame Vorstellungen für eine nachhaltige Entwicklung im gesamten Metropolitanraum entwickelt.</p>

Vorhaben von hoher Bedeutung


Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
Wohnraum für alle Bedürfnisse	<p>2005 hat der Stadtrat seine Wohnungspolitik neu formuliert. Sie umfasst Strategien in den Bereichen Neubau, Erneuerung und Angebote für Menschen in besonderen Lebenssituationen (Studierende, ältere Menschen, junge Familien, Menschen in Notlagen). Noch 2010 wird der Stadtrat eine Auswertung der</p>	<p>Ampel: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Der eingeschlagene Weg trägt Früchte – sowohl in qualitativer Hinsicht (Steigerung des hochwertigen und aus energetischer Sicht überzeugenden Wohnungsangebots) als auch in Bezug auf die Anzahl Wohnungen (2006–2012 durchschnittlich 615 neue Wohnungen/Jahr). Trotz des ausgebauten Angebots an höherwertigem Wohnraum und des dadurch erreichten Zuzugs von</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Wohnungspolitik vornehmen und aufgrund dieser Auswertung und unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung die Wohnungspolitik überarbeiten.</p> <p>Das Ziel der Wohnungspolitik ist, dass alle Einwohnenden einen Wohnraum nach ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten finden. Neben dem Neuwohnungsbau nimmt die Erneuerung des Bestandes einen hohen Stellenwert ein. Wohngebäude, die sich im Eigentum der Stadt befinden, sollen primär dann saniert werden, wenn die Nachhaltigkeit dafür spricht. Das heisst, wenn eine Erneuerung aus energetischen Gründen, für den Werterhalt und die langfristige Wohnqualität oder für die Ertragssicherung angezeigt ist. Bei Erneuerungen wird auf die Sozialverträglichkeit geachtet.</p> <p>Ein besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, dass der in Winterthur gerade in den charakteristischen Wohnsiedlungen in den Quartieren vorhandene günstige Wohnraum nicht zu stark unter Druck gerät. Dabei kommt den Wohnbaugenossenschaften eine wichtige Rolle zu. Bedarfsgerechte Angebote für besondere Lebenssituationen sind nach wie vor sehr wichtig. Mit speziellen Wohnangeboten wird eine Bevölkerungsstruktur angestrebt, die dem kantonalen Durchschnitt entspricht.</p>	<p>Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen liegt die Steuerkraft noch immer unter dem kantonalen Mittel. Mit der Sanierung älterer Wohnungen und Ersatzneubauten wurden Beiträge zum Klimaschutzziel geleistet. Die hohe Wohnraumnachfrage und die Sanierung älterer Wohnungen haben auch in Winterthur zu einer Verknappung günstigen Wohnraums geführt. Der Stadtrat hat seine Wohnungspolitik deshalb angepasst: Die Stadt will gezielt Überbauungen von gemeinnützigen Wohnbauträgern fördern.</p> <p>Wichtigste Projekte und Entwicklungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kastellweg: Die Gaiwo baut 22 Alterswohnungen. ▪ Tägelmoos: Die ASIG und die Gaiwo bauen 131 Wohnungen. ▪ Maienried: Der Stadtrat hat den Zuschlag einem Gemeinschaftsprojekt der GWG und der WBG Noah erteilt. Derzeit laufen Gespräche bezüglich des Projektwettbewerbs und des Baurechtsvertrages. ▪ Busdepot Deutweg: Die Umzonung (neu W4G) ist erfolgt. Der Stadtrat hat sich für ein Gemeinschaftsprojekt der gemeinnützigen Bauträger HGW, GWG und Gaiwo entschieden. Gegen die beschlossene Nichtunterschutzstellung des Busdepots wurde Rekurs eingereicht. Derzeit laufen Verhandlungen über eine Teilunterschutzstellung. ▪ Untere Vogelsangstrasse: Die Umzonung des ehemaligen Püntenareals zugunsten einer Erweiterung der GWG-Siedlung wurde vom Volk gutgeheissen. ▪ Der Gestaltungsplan Werk 1 sieht vor, dass 30 Prozent des Wohnanteils in diesem Areal gemeinnützig sein soll. ▪ Der Gestaltungsplan Talgut und die entsprechende Weisung an den GGR liegen vor. ▪ Die Umzonung und der Verkauf des südlichen Zeughausareals wurden vom Volk abgelehnt. Eine Analyse der Gründe für die Ablehnung sowie ein Entscheid zum weiteren Vorgehen sind Gegenstand aktueller Diskussionen.


Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Eine Untersuchung über die Auswirkungen der Neubauaktivitäten 2006 bis 2011 auf die Zusammensetzung der Winterthurer Bevölkerung zeigte, dass die Neubautätigkeit unter anderem zu einer Verjüngung der Bevölkerung geführt hat. Über die Frage des Wachstums wird intensiv diskutiert (z.B. Veranstaltungsreihe «Wachstum als Herausforderung»). ▪ Das Studentenwohnheim Bürglistrasse mit der Verpflichtung zur Kostenmiete wurde eröffnet. ▪ Dem Grossen Gemeinderat wurde eine Umsetzungsvorlage zur kommunalen Volksinitiative «Stiftung für bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum» unterbreitet.
<p>Soziale und berufliche Integration</p>	<p>Die Integration aller Bewohnerinnen und Bewohner in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben ist eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung.</p> <p>Die Stadt fördert Integrationsprojekte in den Quartieren. Die vorhandenen Strukturen und die Freiwilligenarbeit werden gestärkt. Dazu sollen wie in Töss bis 2015 auch in allen anderen Stadtkreisen vor Ort Anlaufstellen der städtischen Quartierentwicklung aufgebaut und damit die Basis für sozialraumorientierte Gemeinschaftsstrukturen geschaffen werden. Die Vernetzung auf Quartierebene wird gezielt ausgebaut.</p> <p>Mit präventiven und integrativen Angeboten wird der sozialen Ausgrenzung vorgebeugt. Zu diesem Zweck wird das Integrationsleitbild überarbeitet. Die Jugendarbeit wird gemeinsam mit den Trägern der offenen Jugendarbeit weiterentwickelt und wo nötig in den</p>	<p>Ampel: </p> <p>Im Oktober 2010 wurde von der Quartierentwicklung in Neuhegi die zweite dezentrale Anlauf- und Beratungsstelle eröffnet. Vorerst bleibt es bei den beiden Anlaufstellen in Töss und Neuhegi, da als Folge des Sanierungsprojektes «effort 14+» auf die Ausweitung des Angebotes auf andere Stadtteile verzichtet werden muss.</p> <p>Das Integrationsleitbild wurde in einem partizipativen Prozess erneuert und im Juni 2012 durch den Stadtrat verabschiedet. Es wird nun kontinuierlich umgesetzt. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Erweiterung des Friedhofs Rosenberg um ein Grabfeld für Muslime und Musliminnen. Die Einweihung fand im November 2012 statt.</p> <p>Die städtische Jugendkommission hat zuhanden des Stadtrates jugendpolitische Richtlinien erarbeitet mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche in der Stadt gezielt zu fördern und für Chancengleichheit zu sorgen. Ergänzend wurde im Bereich der offenen</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Quartieren verstärkt. Im Laufe der Legislatur wird die neue Anlaufstelle für Randständige ihren Betrieb aufnehmen.</p> <p>Alle Kinder und Jugendlichen sollen eine Perspektive für ihre Lebensgestaltung entwickeln können. Dazu braucht es integrativ ausgerichtete Schulen und Entfaltungsmöglichkeiten in der Freizeitgestaltung. Es sollen möglichst viele Freiräume und Räume für individuelle und organisierte Aktivitäten zur Verfügung stehen. Ebenfalls gefördert werden Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in der Gestaltung ihres Lebensraums.</p> <p>Um Kindern aus benachteiligten Familien bessere Startchancen zu geben, wird die Umsetzung des Konzepts «Frühförderung in Winterthur» vorangetrieben.</p> <p>Die Berufsvorbereitung in den Schulen wird gestärkt. Ausserdem sollen in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft ein bedarfsgerechtes Angebot an Lehrstellen und Attestausbildungsplätzen bereitgestellt und noch vermehrt niederschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, zum Beispiel im Naturschutz und in der Grünraumpflege.</p> <p>In der beruflichen Integration wird dem Prinzip Leistung und Gegenleistung noch vermehrt Nachachtung verschafft. Angebote zur beruflichen Integration von Jugendlichen oder zur Arbeitsintegration von erwerbslosen Personen werden weiterentwickelt und flexibel den jeweiligen Bedürfnissen angepasst. Die Klärung der rechtlichen Grundlage soll die Zuständigkeiten für</p>	<p>Jugendarbeit das Leitbild neu erarbeitet. Dieses bildet die Basis für die Zusammenarbeit der verschiedenen Träger und für bedarfsgerechte neue Angebote wie zum Beispiel das «Midnight Sports Gutschick» (offene Turnhalle für Jugendliche der Oberstufe) oder das «Power Play Gutschick» (offene Turnhalle für Kinder der Mittelstufe).</p> <p>Ein externer Bericht im Auftrag des Grossen Gemeinderats zur Umsetzung des Konzepts Frühförderung hat Ende 2012 der Frühförderung gute Noten erteilt: Die Kooperation mit dem Amt für Jugend und Berufsberatung, das zur Bildungsdirektion gehört, bewährt sich. Die Massnahmen sind erfolgreich in der Umsetzung, es wurde eine tragfähige Basis für die Weiterentwicklung der Frühförderung geschaffen, die in Winterthur, wie überall in der Schweiz, am Anfang steht. Aufgrund des Berichts bewilligte das Parlament im September 2013 einen unbefristeten Kredit von 350 000 Franken und nahm damit die Frühförderung ins Regelleangebot der Stadt Winterthur auf.</p> <p>Die Zusammenarbeit mit privaten Partnern und mit kantonalen Schulen wurde in den Berichtsjahren intensiviert. Mit Lehrstellenförderern konnten neue Angebote im EBA-Bereich (zweijährige berufliche Grundbildung) geschaffen werden. Im Rahmen von «effort14+» wird jedoch definitiv auf ein Nachfolgeprojekt Ausbildungsrestaurant Römerpark verzichtet. In einer Analyse wurde aufgezeigt, dass die Situation auf dem Lehrstellenmarkt nicht angespannt ist und in der Region Winterthur eine ausreichende Anzahl von Lehrstellen zur Verfügung steht. Schwierig bleibt die Situation für schulisch schwache Jugendliche. Im Rahmen von «effort14+» musste zudem die Kapazität der Fachstelle Junge Erwachsene der Sozialen Dienste um einen Drittel reduziert werden.</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Durchführung und Finanzierung von Programmen zur Arbeitsintegration regeln und den sich wandelnden Bedürfnissen in diesem Bereich Rechnung tragen.</p>	<p>Die Angebote zur beruflichen Integration konnten kontinuierlich weiterentwickelt werden. Den sogenannten Teillohnstellen in der Stadtverwaltung kommt eine besondere Bedeutung zu, sichern sie doch Arbeitsplätze für Sozialhilfebeziehende mit Leistungseinschränkungen, etwa bei Stadtgärtnerei und Forstbetrieb.</p> <p>Da viele Armutsbetroffene in engen Wohnverhältnissen leben, ist es wichtig, dass es geeignete Treffpunkte gibt, um der Isolation zu entfliehen. Der von einem Trägerverein betriebene Treffpunkt Vogelsang bietet die Möglichkeit zur kostenfreien Internetbenutzung, für verschiedene Aktivitäten und zum Austausch mit Betroffenen. Die Stadt unterstützt zudem den Mittagstisch des Vereins Shalom, wo Armutsbetroffene sich günstig verpflegen können. Ausserdem konnte die neue Anlaufstelle für Randständige ihren Betrieb aufnehmen.</p>
<p>Bedarfsgerechte Angebote im Alter</p>	<p>Der Bedarf an Pflege und Betreuung wird weiter zunehmen. Gründe liegen in der steigenden Bevölkerungszahl und einem höheren Anteil betagter Personen durch die demografische Entwicklung. Ein bedarfsgerechtes stationäres und vor allem ambulantes Angebot soll eine gute Versorgung weiterhin gewährleisten. Als Grundlage dafür dient die bestehende Altersplanung, die aufgrund der neuesten Erkenntnisse überarbeitet und damit auf einen aktuellen Stand gebracht wird. Mit den daraus abzuleitenden Massnahmen soll ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben im Alter auch in Zukunft sichergestellt sein.</p>	<p>Ampel: </p> <p>Für die Altersplanung der Stadt Winterthur werden die demografischen Zahlen und das Versorgungsangebot im stationären und ambulanten Bereich regelmässig im Abstand von zwei Jahren erhoben. Das Zahlenmaterial bietet einen Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2036 und weist auf mögliche Versorgungslücken hin. In Bearbeitung ist die Altersplanung 2013, welche insbesondere die strategischen Leitlinien, die Ziele und die Massnahmen in sieben Handlungsfeldern beinhaltet.</p> <p>Die Gesamtanierung des Alterszentrums Adlergarten verläuft nach Plan. Bezugsbereit wird das Alterszentrum Anfang 2015 sein.</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Für die stationäre Langzeitpflege braucht es die geeignete räumliche Infrastruktur. Im Zentrum der nächsten Legislatur steht die Gesamterneuerung des Alterszentrums Adlergarten.</p> <p>Wichtig ist auch, dass genügend und richtig ausgebildetes Personal zur Verfügung steht. Die Stadt nimmt hier ihre Verantwortung wahr, indem eine hohe Zahl an geeigneten Ausbildungsplätzen in Gesundheits- und Sozialberufen angeboten wird und Weiterbildungsmöglichkeiten aktiv unterstützt werden.</p> <p>Der Grundsatz «ambulant vor stationär» soll noch vermehrt umgesetzt werden. Gemeinsam mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften wird das Projekt «Spitex plus» durchgeführt, welches Folgerungen für das künftige Angebot für betagte Menschen in Winterthur ermöglichen wird. Die Resultate werden 2011 vorliegen. Weiter bearbeitet wird auch das Projekt "Zukunft Quartier – Lebensraum für alte Menschen", das unter anderem die Nachbarschaftshilfe in den Stadtkreisen fördern soll. Mit der Umsetzung soll ab 2011 schrittweise begonnen werden.</p>	<p>Die Ausbildung von Pflege- und Betreuungspersonal ist ein Dauerauftrag. Die Anzahl an Lernenden und Studierenden ist kontinuierlich gestiegen. Der Bereich Alter und Pflege weist eine gute Ausbildungsqualität und eine hohe Zufriedenheit bei den Lernenden aus (Benchmarking mit anderen Betrieben).</p> <p>Die Resultate von «Spitex Plus» zeigen auf, dass das Wohlbefinden der über 80-jährigen Menschen in Winterthur sehr hoch ist und dass diese von einer Beratung in Form von Hausbesuchen profitieren. Die Verbundenheit mit dem Quartier ist zentral. Öffentliche Verkehrsmittel, Post, Treffpunkte und Einkaufsmöglichkeiten müssen für die alten Menschen gut erreichbar sein. Im Projekt «Zukunft Quartier – Lebensraum für alte Menschen» sind die Teilprojekte Begegnungsort, Sackgeldjob für Jung und Alt, Zeittauschbörse und Informationsstelle für ältere Menschen gestartet. In diesem Sinne ist die Nachbarschaftshilfe gut angefallen.</p>
Stärkung der Gesundheitskompetenz	Der Gesundheitsbereich ist für die Wirtschaft und die Ausstrahlungskraft der Stadt Winterthur von hoher Bedeutung. Die Stadt übernimmt eine aktive Rolle zur Stärkung der vielfältigen Gesundheitskompetenz. Zentral ist die Vernetzung zwischen allen Akteurinnen und Akteuren, das heisst privaten Anbieterinnen und	<p>Ampel: </p> <p>Die städtische Kommission für Gesundheit und Prävention hat sich als Austauschforum für Gesundheitsversorgungsfragen und gesundheitspolitische Themen etabliert und trägt mit dem Netzwerk Gesundheitsökonomie Winterthur, in dem die Stadt vertreten ist, wesentlich zur Vernetzung aller Akteure in der Gesundheitsregion Winterthur bei. Zwischen der Stadt und der Integrierten Psy-</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Anbietern, der Fachhochschule für Angewandte Wissenschaften, den Kliniken und der öffentlichen Hand. Vernetzung, Forschung und Public Private Partnership im Gesundheitsbereich werden angeregt und unterstützt.</p> <p>Die Stadt leistet einen Beitrag zur Förderung der Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung. Diese soll befähigt werden, Entscheidungen zu treffen, die sich positiv auf die Gesundheit auswirken. Die Stadt unterstützt in diesem Sinne Präventions- und Gesundheitsförderungsmassnahmen und bietet Voraussetzungen, die einen gesunden Lebensstil ermöglichen.</p> <p>Das Projekt «GeWint», die integrierte Gesundheitsregion Winterthur, wird unter Federführung des Instituts für Gesundheitsökonomie weiter vorangetrieben. Die Stadt Winterthur übernimmt in diesem Netzwerk eine starke Position. Erste Teilprojekte auf dem Weg zu einer integrierten Gesundheitsversorgung werden in dieser Legislatur umgesetzt.</p> <p>Eine besondere Chance bietet das geplante Internationale Zentrum für Leistungs- und Breitensport, welches neue Angebote im Gesundheitsbereich ermöglichen wird.</p> <p>Zu einer integrierten Gesundheitsversorgung gehört auch eine umfassende Suchtpolitik. Auf der Basis der weiterhin gültigen Vier-Säulen-Politik werden in dieser Legislatur die Grundlagen aufgearbeitet und in einer neuen Suchtpolitik 2012–2016 formuliert. Ein besonderes Augenmerk wird auf den Schutz der Kinder und</p>	<p>chirurgie Winterthur - Zürcher Unterland (IPW) findet zudem ein regelmässiger Austausch statt, und die Stadt ist in der regionalen Psychiatriekommission Nord vertreten. Diese gute Vernetzung erlaubt einen schnellen Austausch zur Versorgungslage. Mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften konnte die Stadt in verschiedenen Gesundheitsprojekten zusammenarbeiten, etwa bei der Studie «Spitex Plus» zur Gesundheitsversorgung älterer Menschen. Eine enge Zusammenarbeit gab es auch zwischen dem Sozialpädiatrischen Zentrum der Kinderklinik des Kantonsspitals Winterthur, der IPW und der Stadt Winterthur beim Projekt «Wikip», dem Winterthurer Präventions- und Versorgungsprojekt für Kinder psychisch kranker Eltern. Viele der gesteckten Projektziele von «Wikip» wurden bereits erreicht.</p> <p>Rund 50 Gesundheitsförderungs- und Präventionsmassnahmen werden in der Stadt Winterthur von verschiedenen Departementen in den Bereichen schulärztlicher und schulzahnärztlicher Dienst, Sucht, Bildung, Jugendarbeit, Sport, Alter usw. durchgeführt und von einer Arbeitsgruppe koordiniert. 2011 und 2012 fanden Foren für Gesundheitsförderung und Prävention zu den Themen «Gesundheitscoaching in der Hausarztpraxis» und «Früherkennung und Prävention von Depression» statt. Aufgrund des letzten Forums wird nun das Thema «Arbeit und psychische Erkrankung» in einer Arbeitsgruppe mit verschiedenen Akteuren der Gesundheitsregion Winterthur weiterbearbeitet mit dem Ziel, Arbeitgeber und Führungspersonen bezüglich psychischer Krankheiten zu sensibilisieren und zu unterstützen, damit psychisch kranke Menschen im Arbeitsbereich integriert bleiben.</p> <p>Seit Ende 2011 besteht die Fachstelle für betriebliches Gesundheitsmanagement in der Stadtverwaltung. Sie initiiert und begleitet Projekte zu verschiedenen Themen wie zum Beispiel Dienstplangestaltung, Ergonomie und Stressmanagement. Zudem orga-</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Jugendlichen gelegt. Dazu gehört beispielsweise Suchtprävention im Sinne des Konzepts «Jugend-schutz Alkohol».</p>	<p>nisiert sie Weiterbildungsveranstaltungen und berät Bereiche und Abteilungen zu gesundheitsbezogenen Problemstellungen.</p> <p>Das Projekt «Gewint» (Gesundheitsregion Winterthur) des Vereins Netzwerk Gesundheitsökonomie Winterthur hat zum Ziel, die integrierte Versorgung in der Region Winterthur zu fördern. Die ambitionierten Ziele der Startphase konnten aus finanziellen Gründen und aufgrund heterogener Interessen nicht erreicht werden und wurden entsprechend redimensioniert. So entstand beispielsweise das Gesundheitsportal «Gewint», und einzelne, für die Stadt Winterthur wesentliche Themen wie das Projekt Übergangsbetreuung oder das Monitoring der Notfallversorgung wurden untersucht.</p> <p>Der Ausbau der privaten Gesundheitsangebote durch das Internationale Zentrum für Leistungs- und Breitensport (neu: «WinCity») konnte noch nicht realisiert werden. Auf Seite der privaten Promotoren sind noch diverse Fragen zu klären.</p> <p>Die suchtpolitischen Leitlinien wurden überarbeitet und vom Stadtrat verabschiedet. Im Frühjahr 2012 wurde die aktualisierte «Suchtpolitik Winterthur 2012–2016» veröffentlicht. Die bewährten Grundsätze werden weitergeführt und neue Entwicklungen wie die Internetsucht aufgegriffen.</p>
Sport und Bewegung	<p>Bewegung trägt zur Lebensqualität und Gesundheit bei. Sport und Bewegung sollen grundsätzlich gefördert werden.</p>	<p>Ampel: </p> <p>Mit der Bereitstellung einer modernen Sportinfrastruktur leistet die Stadt Winterthur einen unverzichtbaren Beitrag an die Sportförderung für alle Generationen. Für den Neubau des Freibades Oberwinterthur durfte viel anerkennendes Lob aus der Bevölkerung entgegengenommen werden. Das Freibad konnte in den ersten</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Von grosser Bedeutung ist es, die notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Soweit es sich die öffentliche Hand leisten kann, sollen bestehende Lücken in der Sportinfrastruktur geschlossen und bestehende Einrichtungen modernisiert werden. Im Vordergrund stehen die Sanierungen des Schwimmbades Oberwinterthur und des Hallenbades Geiselweid sowie die Sanierung und Erweiterung des Fussballstadions Schützenwiese. Zur Deckung der Nachfrage nach Dreifachturnhallen würde das Internationale Zentrum für Breiten- und Leistungssport im Deutweg wesentlich beitragen. Das Projekt soll gemeinsam mit privaten Planerinnen und Planern sowie Investorinnen und Investoren im Laufe der Legislatur realisiert werden.</p> <p>Neben dem organisierten Sport kommt dem individuellen Breitensport eine zunehmende Bedeutung zu. Das Konzept «Raum für Bewegung und Sport» hat zum Ziel, bedarfsorientiert gut erreichbare und vernetzte Bewegungsräume für alle Generationen bereitzustellen und so Winterthur als sport- und bewegungsfreundliche Stadt zu positionieren.</p> <p>Die Vereine leisten einen ausserordentlichen und unverzichtbaren Beitrag an die Möglichkeiten der Bevölkerung, sich sportlich zu betätigen. Die Zusammenarbeit mit den Vereinen soll weiter verstärkt werden.</p>	<p>beiden Betriebsjahren seine Besucherzahlen fast verdoppeln. Die Sanierungsarbeiten im Hallenbad Geiselweid waren aufwändiger als geplant. Grund dafür war eine umfangreiche Asbestsanierung. Das Resultat jedoch überzeugt die Besucherinnen und Besucher. In der kommenden Legislatur steht im Hallenbad Geiselweid die Techniksanie rung an.</p> <p>Ungelöst bleibt das Problem von genügend gedeckter Wasserfläche in Winterthur. Das Projekt Überdachung Freibad Geiselweid (Cabriodach) wurde von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern abgelehnt. Mit der Umsetzung einiger Sofortmassnahmen konnte die Challenge-League-Tauglichkeit des Stadions Schützenwiese erhalten werden. Ausgearbeitet wurde ausserdem ein Konzept für die etappierte Gesamtsanierung. Für 2014 ist der Ersatzneubau der Gegentribüne geplant.</p> <p>Das Internationale Zentrum für Leistungs- und Breitensport (IZLB) wurde in «WinCity» umbenannt. Die Stadt Winterthur hat von ihrer Seite alle Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung des Projektes fristgerecht geschaffen: die Baubewilligung wurde erteilt, die Vorbereitungsarbeiten für die Baustellen sind umgesetzt und der Baurechts- und Kooperationsvertrag ist ausgehandelt. Nun liegt es an den Initianten, die Umsetzung des Projekts zu finalisieren und mit den Bauarbeiten zu beginnen.</p> <p>Für das Projekt «Raum für Bewegung und Sport» erntet die Stadt Winterthur schweizweit viel Lob und Anerkennung. Das Projekt wird ausserdem im Leitfaden «Freiraumgestaltung» des Bundes als «Best-practice»-Beispiel aufgeführt.</p> <p>Der Dachverband Winterthurer Sport (DWS) und das Sportamt Winterthur haben auf das Schuljahr 2013/14 das Projekt «fit-forkids» in Winterthur lanciert. Das Projekt vernetzt Schulsport-</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
		<p>und Vereinsanlässe für Schülerinnen und Schüler zu einem übergeordneten polysportiven Wettbewerb.</p> <p>Die durch «effort14+» notwendig gewordene, zum Teil massive Preiserhöhung für Einzeleintritte und Abos in Sportanlagen sowie für die Miete von Sporthallen und –flächen belastet die Zusammenarbeit mit den Vereinen und den Nutzenden stark.</p>
<p>Nachhaltige Mobilität gewährleisten</p>	<p>Die zunehmenden Mobilitätsbedürfnisse in und um die Stadt Winterthur müssen in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Der Zuwachs soll im Wesentlichen durch den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr bewältigt werden.</p> <p>Gemeinsam mit dem Kanton Zürich wird an einem städtischen Gesamtverkehrskonzept gearbeitet. Projekte daraus werden Teil des neuen Agglomerationsprogramms des Kantons Zürich sein, das 2012 dem Bund eingereicht wird.</p> <p>Das Gesamtverkehrskonzept legt die Grundlagen fest für die mittel- bis langfristige Mobilitätsentwicklung. Im Laufe der Planungen wird der Untersuchungsraum um die Gemeinden der Agglomeration erweitert und das bestehende regionale Gesamtverkehrskonzept entsprechend überarbeitet. In einem Begleitgremium sind auch Fachverbände und Interessengruppen in den Prozess miteinbezogen. Die Umsteigebeziehungen zwischen Bahn und Bus sollen verkürzt und zeitlich verbessert werden. Das Gesamtverkehrskonzept wird</p>	<p>Ampel: </p> <p>Der Grosse Gemeinderat hat 2011 mit der zustimmenden Kenntnisnahme zum städtischen Gesamtverkehrskonzept (sGVK) und mit der Genehmigung des Gegenvorschlags zur kommunalen Volksinitiative «Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Winterthur» eine wichtige Weichenstellung für die Verkehrspolitik vorgenommen. Kernpunkt des durch die Volksabstimmung bestätigten Gegenvorschlags und des sGVK ist das Ziel, den Modalsplit bis 2025 um 8 Prozentpunkte zugunsten des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs zu erhöhen.</p> <p>Verschiedene im sGVK bezeichnete Projekte sind Teil des Agglomerationsprogramms des Kantons Zürich 2. Generation. Mit 40 % hat das Programm Winterthur und Umgebung den höchsten Beitragssatz erhalten. Viele wichtige Projekte wie die ÖV-Querung Grüze, die ÖV-Hochleistungskorridore, der Ausbau des Velonetzes (inkl. Velobahnen), die Veloparkierung beim Hauptbahnhof, die Aufwertung des Lindenplatzes und die Aufwertungen der Bahnhofumfelder Grüze, Hegi und Oberwinterthur wurden als A-Massnahmen eingestuft. Enttäuschend dagegen ist die Zurückstufung der Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze, der Teilprojekte aus der Masterplanung Stadtraum Bahnhof (Aufwertung Rudolfstrasse, Interessensbeitrag an die SBB für die Personenun-</p>


Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>gesonderte Teilbereiche zum Fussgänger- und Veloverkehr, zum öffentlichen Verkehr und zum ruhenden und rollenden motorisierten Individualverkehr enthalten.</p> <p>Auf den Hauptverkehrsachsen sollen die Leistungsfähigkeit des Gesamtverkehrs gesichert und die Wohnverträglichkeit erhöht werden, und die Quartiere sollen vom Durchgangsverkehr geschützt werden. Der öffentliche Verkehr muss regional koordiniert werden, und Stadtbus Winterthur soll innerhalb des Zürcher Verkehrsverbundes an Konkurrenzfähigkeit gewinnen. Im Verlaufe der Legislatur müssen weitere Busspuren geschaffen werden, und die heutige Lichtsignalsteuerung muss grundlegend überprüft werden. Das Parkierungsangebot im Stadtzentrum muss verbindlich geregelt werden, und es braucht weitere Angebote für Velopendlerinnen und Velopendler im Raum Hauptbahnhof.</p> <p>In der überregionalen Verkehrsanbindung setzt sich der Stadtrat für eine bessere Erschliessung mit der Bahn durch die Realisierung des Brüttener Tunnels und für eine Abwicklung des Flugverkehrs um den Flughafen Zürich-Kloten ein, die in Winterthur nicht zu einer Mehrbelastung mit Fluglärm führt.</p>	<p>terführung und die Veloquerung Nord) und der Massnahme «Optimierung im städtischen Busnetz». Der Stadtrat hat beim Kanton nochmals mit Nachdruck auf die Wichtigkeit der Zentrumerschliessung Neuhegi-Grüze für die Gebietsentwicklung hingewiesen, überlässt die abschliessende Stellungnahme aber dem Kanton. Bei den drei Projekten der Masterplanung beantragt der Stadtrat A-Einstufungen. Sie sind zentrale Elemente zur Förderung der kombinierten Mobilität (Velo/ÖV und Fussverkehr/ÖV), haben durch das Einzugsgebiet eine regionale Bedeutung und leisten einen substanziellen Beitrag zu den Modalsplit-Zielen. Auch beim Massnahmenpaket «Optimierung städtisches Busnetz» setzt sich der Stadtrat für die A-Priorität ein.</p> <p>Nicht erreicht werden konnte das Ziel der Schaffung von weiteren Busspuren. Die Lichtsignalsteuerung hingegen wurde grundlegend überprüft: Die Resultate sind vielversprechend, die konsequente Umsetzung der Massnahmen jedoch ist noch weitgehend pendent.</p> <p>Mit dem ablehnenden Entscheid des Grossen Gemeinderates zur Parkhaus-Tandem-Lösung wurde das Parkierungsangebot im östlichen Bereich des altstadtnahen Raums verbindlich geregelt. Das Parkhaus Teuchelweiher mit rund 500 Parkplätzen ist im Dezember 2013 eröffnet worden. Gleichzeitig wird ungefähr die gleiche Anzahl oberirdischer Parkplätze aufgehoben.</p> <p>Der Stadtrat hat eine neue Dienstanweisung für die Berechnung des Parkplatzbedarfs im Baubewilligungsverfahren in Kraft gesetzt. Diese bildet gleichzeitig die Grundlage für die Revision der städtischen Abstellplatzverordnung. Der Stadtrat legte die neue Verordnung Ende 2013 dem Grossen Gemeinderat zum Erlass vor.</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
		<p>Der Stadtrat hat sich auch intensiv für die bessere Erschliessung Winterthurs mit der Bahn und die Realisierung des Brüttener Tunnels eingesetzt. Im Rahmen der eidgenössischen Abstimmung über die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) vom Februar 2014 kann die Projektierung des Brüttener Tunnels sichergestellt werden.</p> <p>Im Rahmen der Luftfahrtpolitik hat sich der Stadtrat auf Bundesebene sowohl im «SIL-Prozess» für den Flughafen Zürich als auch im Hinblick auf eine allfällige Umsetzung des Staatsvertrags mit Deutschland dafür eingesetzt, dass die zusätzlich anfallende Fluglärmbelastung gleichmässig auf sämtliche Teilgebiete der Flughafenregion verteilt wird.</p>
<p>Klimaschutz und Energie</p>	<p>Der Stadtrat strebt für den Klimaschutz und eine nachhaltige zukünftige Energieversorgung die 2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft an. Er tut dies im Wissen, dass es ein ambitioniertes und langfristiges Ziel ist. Der technologische Fortschritt wird einen Teil zur Erreichung des Ziels beitragen. Zusätzlich werden auch die Planung und die Umsetzung von griffigen Massnahmen notwendig sein, welche von der Bevölkerung mitgetragen werden müssen.</p> <p>In dieser Legislatur werden mit dem Energiekonzept 2050 und einem aktualisierten Energieplan die Grundlagen für die Umsetzung erarbeitet. Sie werden aufzeigen, mit welchen Massnahmen, in welchen Schritten und in welchem Zeitraum die Ziele erreicht werden können.</p>	<p>Ampel: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Mit dem Grundlagenbericht zum Energiekonzept 2050 befindet sich Winterthur auf dem Weg in Richtung 2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft. Kernstück sind die Absenkpfade für den Primärenergieverbrauch und die Treibhausgasemissionen; Handlungsschwerpunkte bilden die Bereiche Wärme, Strom und Mobilität. Ein Massnahmenplan ist in Erarbeitung. Mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Winergie 2050» wurde der Stadtrat in seiner Klimaschutz- und Energiepolitik bestärkt. Und Winterthur befindet sich auf Kurs: Die aktuelle Treibhausgasbilanz zeigt, dass sich die Stadt sowohl mit Bezug auf den Primärenergieverbrauch als auch auf die Treibhausgasemissionen auf dem anvisierten Absenkpfad befindet.</p> <p>Im Gebäudebereich ist der Standard 2008 durch den «Gebäudestandard 2011» abgelöst worden. Damit wird bei öffentlichen Bauten noch stärker auf Energieeffizienz, den Einsatz von erneuerba-</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Bis 2014 werden erste Massnahmenpakete umgesetzt, wobei ein Schwerpunkt im Gebäudebereich liegt. Hier gilt es, zur Werterhaltung und -steigerung des bestehenden Gebäudebestandes in Winterthur die nötigen Sanierungen und bei Neubauten energieeffiziente, ökologisch vorbildliche Bauten zu unterstützen. Aufgrund der angespannten Finanzlage stehen vor allem die Information und die Sensibilisierung der Eigentümerinnen und Eigentümer und Baufachleute für das nachhaltige Bauen, zum Beispiel im Rahmen von Abklärungen und Bewilligungsverfahren, im Vordergrund. Für die öffentlichen Gebäude und Anlagen wird der beschlossene «Gebäudestandard 2010 für nachhaltiges Bauen» umgesetzt.</p> <p>Das Mobilitätsmanagement der Stadtverwaltung soll verbessert werden und als Vorbild für die Privatwirtschaft wirken. Die Kriterien für die erneute Auszeichnung als «Gold-Energiestadt» sollen bei der Rezertifizierung 2011 deutlich erfüllt werden.</p>	<p>ren Energien und auf Bauökologie geachtet. Im Rahmen der Baubewilligungsverfahren wurde die Sensibilisierung für ökologisches, energieeffizientes Bauen intensiviert. Als Dienstleistung für Private und KMU gibt die städtische Energieberatung Tipps zur energetischen Gebäudesanierung.</p> <p>Nachdem ein umfassendes Mobilitätsmanagement in der vorbereitenden Parlamentskommission nicht die erforderliche Unterstützung fand, wurde die Revision des Parkplatz-Reglements für das städtische Personal vorgezogen. Die Überarbeitung ist abgeschlossen und das neue Reglement soll anfangs Februar 2014 in Kraft treten. Umgesetzt wurde ein weiteres Teilprojekt des Mobilitätsmanagements: Im Jahr 2012 erhielt das Stadtpersonal 60 Dienstvelos, davon 40 E-Bikes.</p> <p>Zum zweiten Mal nach 2007 hat Winterthur im Jahr 2011 die europäische Auszeichnung «European Energy Award Gold» erhalten und sich damit in der «Königsklasse» der Energiestädte etabliert.</p> <p>Im April 2011 wurde der Massnahmenplan Luftreinhaltung 2010 beschlossen. Mit ihm werden alle lufthygienischen Programme koordiniert und damit die nationalen und kantonalen Planungen für Winterthur bedarfsgerecht ergänzt. Verschiedene Massnahmen sind bereits umgesetzt.</p> <p>2012 bewilligten die Stimmberechtigten einen Rahmenkredit von 90 Millionen Franken für den Kauf von Anlagen und/oder die Beteiligung an Gesellschaften zur Produktion von Strom aus erneuerbarer Energie; 20 Millionen davon sind für den Bau lokaler Fotovoltaikanlagen bestimmt.</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
		<p>Anfangs 2013 wurde eine neue Stromprodukte-Palette eingeführt. Damit konnte der Anteil erneuerbarer Energie im Strommix von 34 auf 61 Prozent gesteigert werden.</p> <p>Seit Anfang 2013 wird bei der Stromkundschaft eine Abgabe erhoben. Damit wird ein Programm zur Förderung energetischer Gebäudesanierungen, zum Ersatz von Ölheizungen, für Energieberatungsdienstleistungen und für weitere Massnahmen alimentiert.</p> <p>Im Gebiet Waser wird ein vorwiegend mit Holz beheizter Wärmeverbund gebaut. Der Heiligberg wird mit einem Leitungstunnel für die Fernwärme unterquert, um das Areal Sulzer-Stadtmitte ab 2015 mit Fernwärme statt mit Erdgas zu beheizen. In den letzten Jahren konnten viele ineffiziente Ölheizungen durch moderne Gaskessel ersetzt werden.</p> <p>Im Projekt «Energiewende Winterthur» wird gemeinsam mit mehreren Partnerorganisationen eine verstärkte Kooperation mit der Bevölkerung im Bereich Energiewende und Nachhaltige Entwicklung angestrebt. 2012 und 2013 wurden Klimalandsgemeinden durchgeführt, an denen Klimaschutzideen aus der Bevölkerung prämiert wurden. Im Rahmen des Interreg-Projekts «2000 Watt Gesellschaft Bodenseeregion» initiierte Winterthur zusammen mit weiteren Städten die Kampagne «Wir leben 2000 Watt», die 2014 umgesetzt wird.</p>
Sichere öffentliche Räume für verschiedene Nutzer/innen	An die öffentlichen Räume werden unterschiedliche und sich teilweise widersprechende Nutzungsansprüche gestellt, die immer grösser werden. Der Stadtrat	<p>Ampel: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Winterthur gehört nach wie vor zu den sichersten Städten in der Schweiz. Trotz Bevölkerungszuwachs und anhaltender Attraktivität als Ausgehstadt hielten sich die Nutzungskonflikte im öffentli-</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>wird seine Anstrengungen fortsetzen, für eine Steuerung und einen Ausgleich der Nutzungen zu sorgen. Verhaltens- und Nutzungsregeln müssen der Bevölkerung nähergebracht werden, um das Verständnis für das Nebeneinander und Miteinander im öffentlichen Raum zu fördern.</p> <p>Die Sicherheit wie auch die ausgewogene Nutzung öffentlicher Räume müssen gewährleistet bleiben. Dies soll sowohl mit personellen Ressourcen als auch mit technischen Mitteln erfolgen. Dem interdisziplinären Zusammenspiel der polizeilichen und sozialräumlichen Arbeit kommt eine hohe Bedeutung zu. Wichtig ist sodann polizeiliche Präsenz und die Bekämpfung der niederschweligen Kriminalität. Die Stadtpolizei setzt dabei vor allem auf einen direkten Kontakt zur Bevölkerung mit den Methoden des Community Policing, auf eine verstärkte Prävention vor allem durch den Jugenddienst sowie auf die bewährte Zusammenarbeit mit der aufsuchenden, mobilen Jugendarbeit und der Strassensozialarbeit.</p> <p>In den Stadtquartieren sollen Fragen der Nutzung öffentlicher Räume gemeinsam mit den Quartierbewohnerinnen und -bewohnern aktiv angegangen werden.</p>	<p>chen Raum in einem vertretbaren Rahmen. Wesentlich dazu beigetragen hat die Stadtpolizei mit ihrem ausgewogenen, auf einen Interessenausgleich bedachten Nutzungsmanagement des öffentlichen Raums sowie verschiedenen Sensibilisierungsaktionen.</p> <p>Der von der Stadtpolizei zu Beginn der Legislaturperiode initiierte Aktionsplan Hauptbahnhof (AHAB) trug mit seinen verschiedenen Massnahmen (verstärkte Polizeipräsenz, Schulung der Türsteher usw.) stark zur Beruhigung der Partymeile an den Wochenenden bei. Die Zahl der tätlichen Auseinandersetzungen ist in den vergangenen vier Jahren um rund 35 Prozent zurückgegangen.</p> <p>Mit der Arbeitsgruppe Soziale Stadtentwicklung wurde ein interdisziplinäres Gremium, bestehend aus Quartierpolizei, Kinder- und Jugenddelegierter, Alter und Pflege, Stadtentwicklung sowie Familie und Jugend geschaffen, welches das Zusammenspiel der polizeilichen und sozialräumlichen Arbeit unterstützt sowie die Tätigkeiten der verschiedenen Stellen zielgerichtet koordiniert.</p> <p>Der Betäubungsmittelhandel im Stadtpark konnte stark zurückgebunden werden. Dies ist vor allem auf die Präsenz der uniformierten Bike-Police sowie den gezielten Einsatz der Fahndungs- und Ermittlungsdienste der Stadtpolizei zurückzuführen. Dazu beigetragen hat auch das verstärkte Engagement der Kantonspolizei im Stadtzentrum.</p> <p>Es ist unter anderem dem gemeinsamen Vorgehen der drei grossen zürcherischen Polizeikorps zu verdanken, dass auch in Winterthur ein erfreulicher Rückgang der Jugendgewalt festgestellt werden kann. Insbesondere weist Winterthur deutlich weniger jugendliche Intensivstraftäter auf als noch zu Beginn der Legislatur. Hier dürften mittlerweile auch die Präventionstätigkeiten des Jugenddienstes erste Früchte tragen, vor allem die flächende-</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
		<p>ckende Instruktion der ersten Oberstufenklassen.</p> <p>Sowohl die offene Sozialarbeit (Subita) wie auch die mobile Jugendarbeit (Mojawi) sind wichtige Stützen zur Verbesserung der Sicherheit in öffentlichen Räumen. Sie pflegen eine gute Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei. Der Betrieb der Anlaufstelle DAS läuft praktisch störungsfrei und entlastet den öffentlichen Raum wirksam.</p> <p>2012 bis 2013 wurde eine Sozialraumanalyse für Dättnau-Steig verfasst, auch mit dem Ziel, dieses Instrument kennen zu lernen und zu prüfen, ob es auch als Vorlage für zukünftige Fragen der sozialen Stadtentwicklung dienen soll. Nebst einer Datenanalyse fanden Gespräche mit der Quartierbevölkerung über aktuelle Probleme und mögliche Lösungen statt.</p>
<p>Aufwertung öffentlicher Räume</p>	<p>Die gestalterische Qualität von öffentlichen Räumen trägt entscheidend zur Lebensqualität und zum Sicherheitsgefühl bei. Der Stadtrat wird seine Anstrengungen fortsetzen, öffentliche Räume als Lebensräume für die verschiedensten Ansprüche aufzuwerten.</p> <p>Konkret vorangetrieben werden Projekte wie der Masterplan Stadtraum Bahnhof, die Aufwertung des Merkurplatzes und des Stadtgartens sowie die Neugestaltung des Teuchelweiherplatzes. Ein weiteres wichtiges Vorhaben ist die Aufwertung des Stadtraums Zürcherstrasse. Das behördenverbindliche Leitbild ist ein zentrales Ergebnis aus dem gemeinsam mit der Bevölkerung durchgeführten Projekt Töss. Die einzelnen</p>	<p>Ampel: </p> <p>Die Projekte der Masterplanung Stadtraum Bahnhof sind auf Kurs (vgl. separates Vorhaben von hoher Bedeutung). Auf eine Neugestaltung des Teuchelweiherplatzes wird vorderhand verzichtet. Aufgrund der schwierigen finanziellen Situation wird er nach der Eröffnung des Parkhauses für die Benutzung als Veranstaltungsort marginal wieder instand gestellt. Betreffend Merkurplatz wurde mit der Grundeigentümerin eine Entwicklungsvereinbarung abgeschlossen. Die nächsten Schritte (z.B. Studienauftrag) sind noch offen. Für den Stadtgarten wurde ein Entwicklungskonzept erstellt. Die Umsetzung einer ersten Etappe musste aus finanziellen Gründen aufgeschoben werden. Die Aufwertungen der Zürcherstrasse und des Lindenplatzes in Wülflingen sind im sGVK enthalten und werden als Teilprojekte weiter bearbeitet.</p>


Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Teilprojekte werden schrittweise umgesetzt. Das Projekt Töss hat Pilotcharakter für die Entwicklung von grösseren Stadtgebieten in Winterthur.</p> <p>Das Konzept «Raum für Bewegung und Sport» zielt auf eine bewegungsfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raums ab. Es wird weiterverfolgt und soll in einem langjährigen Prozess umgesetzt werden.</p>	<p>Mit der Festsetzung des öffentlichen Gestaltungsplans Bleuelwies als Grundlage für die Verkehrserschliessung und dem Gestaltungsplan der Sport- und Freizeitanlage Reitplatz wurden die raumplanerischen Voraussetzungen für eine Aufwertung des Reitplatzes im Sinne des Konzepts «Raum für Bewegung und Sport» geschaffen. Als nächstes steht die öffentliche Planaufgabe nach Strassen-, Wasserwirtschafts- und Waldgesetz bevor.</p> <p>Im Bereich der Planungszone Neuhegi-Grüze sieht das Freiraumkonzept unter anderem einen zusammenhängenden bewegungs- und begegnungsfreundlichen Freiraumring zwischen den drei Bahnstationen Grüze, Hegi und Oberwinterthur vor. So wird der Eulachpark mit einem Parkband bis zum Bahnhof Hegi ergänzt. Entlang den Gleiskorridoren entsteht ein durchgehender, wegleitender Grünraum, welcher sich jeweils zu kleinen Parkflächen erweitert. Im Umfeld der Stationen Grüze und Hegi entstehen attraktive öffentliche Plätze, welche die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer aus dem durch die örtliche Umzonung geschaffenen Mehrwert finanzieren.</p> <p>Am effektivsten und effizientesten können kleinere und grössere Aufwertungen von öffentlichen Räumen im Zusammenhang mit grossen Infrastrukturprojekten realisiert werden wie zum Beispiel bei der Gesamtanierung der Breitestrasse (Aufwertung Breiteplatz, Knoten Waldheim/Langgasse). Im Eichliackerquartier wurde ein durch das Quartier begleitetes Projekt für die bewegungs- und begegnungsfreundliche Aufwertung des Dreiecksplatzes Freiestrasse/Rosenaustrasse/Kernstrasse und des Knotens Eichliackerstrasse/Feldeggstrasse/Dammstrasse erarbeitet. Das Projekt wurde im Oktober 2013 öffentlich aufgelegt. In enger Zusammenarbeit mit der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft (GWG) wurde 2013 die Eisweiherstrasse neu als Begegnungszone ausgestaltet.</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
<p>Stadtteilentwicklung</p>	<p>Auf verschiedenen Arealen sind neue Nutzungen entstanden oder absehbar. Der Stadtrat will sich in der Stadtteilentwicklung für attraktive Nutzungen und hohe gestalterische Qualitäten einsetzen.</p> <p>Das Sulzerareal Stadtmitte hat sich erfreulich entwickelt und ist zu einem neuen urbanen Stadtquartier geworden. Für das Lagerplatzareal wird ein Gestaltungsplan erarbeitet, welcher die künftige Nutzung festlegt. Es soll weiterhin Nischen für kreative Kleinunternehmen und attraktive Kultur- und Freizeiteinrichtungen bieten. Im Bereich des Superblocks will der Stadtrat einen Teil der Verwaltungsstellen zusammenfassen. Für den neu zu nutzenden, Werk 1 genannten Bereich wird gemeinsam mit der Grundeigentümerin auf der Basis der Testplanung ein städtebauliches Leitbild erstellt und ein Gestaltungsplan erarbeitet.</p> <p>Auf dem Areal Stadtmitte sollen mit dem Schutz ausgewählter Industriehallen geschichtliche Zeugen und der besondere Charakter des Gebiets erhalten bleiben. Zudem werden in Zusammenarbeit mit den Grundeigentümerinnen zeitgemässe Mobilitätskonzepte mit dem Schwergewicht auf dem öffentlichen Verkehr und dem Langsamverkehr erarbeitet, um so das bauliche Wachstum weiterhin zu ermöglichen.</p> <p>Auf dem nicht mehr für militärische Zwecke genutzten, zentral gelegenen Zeughausareal bestehen vielfältige Möglichkeiten zur Erweiterung der im Umfeld bereits</p>	<p>Ampel: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Die Umnutzung des Sulzerareals Stadtmitte schreitet voran. Der Gestaltungsplan für das Lagerplatzareal, der den bisherigen Charakter gewährleistet und eine sanfte Weiterentwicklung ermöglicht, wurde in Kraft gesetzt. Das erste Gebäude wird nach diesen Vorgaben umgebaut und aufgestockt. Der Gestaltungsplan zum Werk 1 wurde vom Stadtrat zuhanden des Parlaments verabschiedet. Er ermöglicht die Schaffung von grosszügigen Erweiterungsflächen für die ZHAW, von Dienstleistungsnutzungen, urbanem Wohnen und attraktiven Freiräumen. Auch ausserhalb der Perimeter der beiden Gestaltungspläne werden Projekte realisiert, welche das Areal beleben werden, etwa die zentrale Bibliothek der ZHAW in der City Halle, welche im Herbst 2014 eröffnet wird. Mit planerischen Vorgaben und Mobilitätskonzepten wird das Verkehrsaufkommen gebietsverträglich gehalten.</p> <p>Auf dem Zeughausareal findet vorderhand keine Entwicklung statt. Im Rahmen eines Nutzungswettbewerbs für die Zeughäuser Nord wurde der Trägerschaft des Konzepts «Ein Zentrum für angewandte Nachhaltigkeit» ein Anerkennungspreis zugesprochen. Das Konzept sieht eine sanfte Renovation für vielfältige Nutzungen wie Praxen, Gewerbe, Ateliers und Läden vor. Das Areal wurde vom Grossen Gemeinderat am 16. September 2013 von der Zone für öffentliche Bauten in die Gewerbezone umgezont. Angesichts der angespannten Finanzlage hat der Stadtrat aber entschieden, vorläufig auf eine Renovation zu verzichten. Stattdessen sollen die bisherigen Mietverhältnisse weitergeführt werden.</p> <p>Die Realisierung der Wohnüberbauung aus einem Investorenwettbewerb auf dem südlichen Zeughausareal wurde von den Stimmberechtigten am 23. September 2013 abgelehnt. Über das</p>


Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>vorhandenen Gebäude- und Freiraumnutzungen. Für den westlichen Teil wird ein Nutzungswettbewerb durchgeführt. Für den östlichen Teil soll eine Käuferschaft gefunden werden, die eine Wohnüberbauung mit attraktiver Umgebungsgestaltung realisiert.</p> <p>Auch auf anderen Arealen, die neu genutzt werden können, wird die Entwicklung vorangetrieben. So etwa auf dem Reitweg- und dem Salzhausareal.</p>	<p>weitere Vorgehen wird der Stadtrat nach Gesprächen mit den Beteiligten entscheiden.</p> <p>Aufgrund des Masterplans für den zukünftigen Bahnbetrieb, den die SBB zurzeit erarbeiten, ist eine Entwicklungsplanung auf dem erweiterten Salzhausareal zurzeit nicht sinnvoll.</p> <p>Zur Aufwertung des Stadtteils Wülflingen startete der Stadtrat das Projekt Wülflingen. Die Bevölkerung war aufgerufen, Verbesserungsbedarf aufzuzeigen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Als ein Resultat hat der Stadtrat im Sommer 2013 das Leitbild Zentrum Wülflingen verabschiedet, das die Umgestaltung des Lindenplatzes zu einem Ort mit hoher Aufenthaltsqualität beinhaltet. Es wird von einer Umsetzung ab 2018 ausgegangen. Nach der Schenkung der Frohsinn-Liegenschaft an die Stadt wird die Erhaltensfähigkeit des denkmalgeschützten Gebäudes geprüft mit dem Ziel, Räumlichkeiten für das Quartier zur Verfügung zu stellen. Unabhängig vom Projekt Wülflingen beabsichtigte die Stadt auf dem städtischen Areal an der Taggenbergstrasse die Realisierung eines genossenschaftlich organisierten Gewerbehäuses (Gewerbehäus A1). Trotz einiger Interessenten stiess das Projekt insgesamt auf zu wenig Zuspruch, um realisiert werden zu können. In der Zwischenzeit wurde das Projekt aber von ehemaligen Interessenten (Winterthurer KMU) wieder aufgegriffen und vorangetrieben.</p>
<p>Nachhaltige Gebietsentwicklung in Neuhegi</p>	<p>Das Gebiet Neuhegi ist für die Stadt von entscheidender Bedeutung. Um eine nachhaltige und qualitativ hochwertige Entwicklung und die Berücksichtigung öffentlicher Interessen sicherzustellen, müssen die</p>	<p>Ampel: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Ende September 2013 hat der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat das Gesamtpaket der überarbeiteten Richt- und Nutzungsplanung zur grundeigentümergebundenen Sicherung einer attraktiven Entwicklung im Gebiet der Planungszone Neuhegi-Grüze</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>vorliegenden Planungen vertieft und rechtlich verbindlich gesichert werden. Um dies zu gewährleisten, hat die Baudirektion des Kantons Zürich auf Antrag des Stadtrates eine Planungszone für Neuhegi und Teile des benachbarten Gebiets Grüze festgesetzt. Bis 2013 will der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat eine überarbeitete Richt- und Nutzungsplanung vorlegen.</p> <p>Zu den Planungszielen gehören die Sicherung von Flächen für Industrie- und Gewerbeland, die Klärung von Standorten für verkehrsintensive Nutzungen und von Wohnanteilen, die Vertiefung der Konzepte für Sicherheit, für Freiraum-, Nutzungs- und Überbauungslösungen sowie die Sicherung von Kapazitäten für die Verkehrsteilnehmenden mit dem Ziel, eine massvolle Zunahme des privaten Motorfahrzeugverkehrs entsprechend der Stadtentwicklung bewältigen zu können. Hohe Priorität hat zudem die Umfeldentwicklung der S-Bahn-Stationen Hegi und Grüze. Ihnen soll eine grosse Bedeutung als Eingangspforten in die Gebiete Neuhegi und Grüze sowie als Verknüpfungspunkte für die verschiedenen Verkehrsträger zukommen.</p> <p>Für die nachhaltige Entwicklung zentral sind auch öffentliche Nutzungen in Neuhegi. Der Stadtrat legt dem Grossen Gemeinderat zuhanden der Volksabstimmung einen Antrag für den Bau eines neuen Schulhauses vor. Und die Halle 710 soll ergänzend zum Eulachpark als Quartiertreffpunkt mit Gastrobetrieb bereitgestellt werden.</p>	<p>überwiesen.</p> <p>Durch die vorgesehene Sicherung grosser Flächenpotenziale für industrielle und gewerbliche Nutzungen wird der Wirtschaftsstandort Winterthur gestärkt. Die Industriezone soll künftig primär der Industrie vorbehalten bleiben. Darunter fallen herkömmliche Industrie- und Gewerbebetriebe sowie moderne Betriebe, die oft in Verbindung mit Wissens- und Forschungsarbeitsplätzen sowie Dienstleistungen stehen. Durch geeignete Massnahmen – wie dem Ausschluss von Fachmärkten und grösseren Einkaufsflächen generell – werden Möglichkeiten zur Ansiedlung einer grossen Anzahl Arbeitsplätze geschaffen.</p> <p>Teil des Paketes sind die beiden Gestaltungspläne Umfeld Grüze und Hegi. Sie ermöglichen den Bau attraktiver, dichter und gemischter Umfelder bei den Bahnstationen und damit eine «Stadt der kurzen Wege». Im Weiteren unterstützen sie eine qualitätsvolle Siedlungsentwicklung nach Innen. Gleichzeitig werden neue, hochwertige Freiräume geschaffen, die Voraussetzung für die angestrebte Verdichtung sind. So wird mit einem Parkband zur S-Bahn Station Hegi und einem Freiraumring entlang der Geleise zum Bahnhof Grüze an die Erfolgsgeschichte Eulachpark angeknüpft. Die Gestaltungspläne sind nicht zuletzt Resultat einer intensiven Zusammenarbeit mit den Grundeigentümerinnen und -eigentümern. In zwei Entwicklungsvereinbarungen verpflichten sie sich, die lokalen Freiraum- und Erschliessungsinfrastrukturen zu finanzieren und das dafür benötigte Land entschädigungslos abzutreten.</p> <p>Das Gesamtpaket ist abgestimmt auf übergeordnete Erschliessungsmassnahmen, welche im Agglomerationsprogramm 2. Generation festgelegt und beim Bund zur Mitfinanzierung eingereicht worden sind. Zu nennen sind insbesondere die Zentrumser-</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
		<p>schliessung Neuhegi-Grüze, die Busquerung Grüze sowie die Velobahnen. Die Stadt unternimmt weiterhin grosse Anstrengungen, dass diese Planungen zügig vorangetrieben und in den überkommunalen Richtplänen festgesetzt werden.</p> <p>Nach Vollendung der Bauarbeiten konnten im Juni 2012 die Halle 710 und im Herbst 2013 das zugehörige Restaurant eröffnet werden. In der Zwischenzeit haben in der Halle zahlreiche Veranstaltungen stattgefunden. So wird zum Beispiel aufgrund privater Initiative seit Sommer 2013 ein Wochenmarkt für die Quartierbevölkerung durchgeführt.</p> <p>Die Kreditvorlage für die Schulhausanlage Neuhegi ist in Arbeit.</p>
<p>Umsetzung Masterplan Stadtraum Bahnhof</p>	<p>Die Aufwertung des Stadtraums Bahnhof und die damit in erster Linie verbundenen Verbesserungen für den Langsamverkehr und den öffentlichen Verkehr schreitet voran. Die im Masterplan Bahnhof zusammengefassten öffentlichen und privaten Vorhaben werden etappenweise umgesetzt.</p> <p>Die erste Etappe der Gleisquerung wurde 2010 abgeschlossen. Die Realisierung des Projekts Bahnhofplatz Süd soll im Sommer 2012 beginnen und rund ein Jahr dauern. Der Bahnhofplatz Süd wird während des Baus komplett gesperrt, was vorübergehend eine neue Linienführung für den Busverkehr notwendig macht.</p>	<p>Ampel: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Zum Schutz der Wohnquartiere wurde das Verkehrskonzept Neuwiesen samt Massnahmenplan erarbeitet. Daraus umgesetzt wurden 2012 die Umgestaltung der Knoten Neuwiesenstrasse/Schützenstrasse und Neuwiesenstrasse/Wülflingerstrasse sowie die Einführung einer Tempo-30-Zone Schützenstrasse mit Lastwagenfahrverbot.</p> <p>Das Projekt für die Gestaltung und die Instandstellung des Bahnhofplatzes Süd wurde vom Juni 2012 bis Juni 2013 realisiert. Das Ziel der Wiederinbetriebnahme des Platzes nach dem Albanifest 2013 wurde erreicht. Die Instandstellung der Technikumstrasse zwischen dem Bereich Bahnhofplatz und den Archhöfen und die Umgebungsgestaltung um die Archhöfe wurden bis im Herbst fertig gestellt.</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Vor der Realisierung des Bahnhofplatzes Süd werden die Verkehrsknoten Neuwiesen-/Wülflingerstrasse und Neuwiesen-/Schützenstrasse umgebaut. Die zweite Etappe der Gleisquerung Stadtmitte, die Neugestaltung Rudolfstrasse und die Veloquerung Nord werden in der zweiten Legislaturhälfte in Angriff genommen.</p> <p>Die privaten Vorhaben kommen ebenfalls voran. Die Eröffnung des umgebauten Kesselhauses ist für Herbst 2010, des Bürogebäudes Railcity für Frühjahr 2011 und der Archhöfe auf dem Archareal für 2013 geplant.</p>	<p>Am 16. September 2013 hat der Grosse Gemeinderat für die Gleisquerung Stadtmitte, 2. Etappe, aus dem Rahmenkredit von 84 Millionen Franken 27,1 Millionen Franken bewilligt. Der Spatenstich ist im Frühjahr 2014 vorgesehen und das Bauende wird auf Mitte 2016 veranschlagt.</p> <p>Bei der Umgestaltung der Rudolfstrasse wird das Ergebnis des Studienauftrages zu einem Vorprojekt weiter entwickelt und mit den Vorhaben Personenunterführung Nord und Veloquerung Nord koordiniert.</p> <p>Der Stadtrat hat betreffend der Veloquerung im April 2013 einen Variantenentscheid gefällt. Neu liegt die Veloquerung auf der Südseite der Personenunterführung Nord. Personenunterführung Nord und Veloquerung sind somit ein gemeinsames Teilprojekt der Masterplanung. Als nächstes erarbeiten die SBB ein Vorprojekt mit Kostenschätzung.</p>
<p>Gartenstadt profilieren</p>	<p>Mit dem Wachstum der Stadt verstärkt sich der Druck auf die Grün- und Freiräume. Damit die Gartenstadt erhalten bleibt, soll das Wachstum durch innere Verdichtung erfolgen.</p> <p>Der Stadtrat wird in verschiedenen Bereichen eine Sicherung und Profilierung der Gartenstadt anstreben. So durch den Erhalt bestehender Grüngürtel, die Aufwertung von Erholungsräumen wie Parkanlagen, Fliessgewässer und Wälder sowie öffentliche Räume, durch die Schaffung neuer Grünanlagen (Fertigstellung Eulachpark und Neugestaltung Reitplatz) und die</p>	<p>Ampel: </p> <p>Um die Gartenstadt zielgerichtet weiterentwickeln und profilieren zu können, wurde durch eine breit abgestützte Arbeitsgruppe ein Leitfaden erarbeitet. Neu ist, dass sich das Label Gartenstadt nicht mehr nur auf den Siedlungsraum bezieht, sondern dass Winterthur darunter auch seine einzigartigen Qualitäten der Vernetzung des urbanen Raumes mit dem Landwirtschaftsgebiet und dem Wald ins Bewusstsein rücken kann. Demzufolge wird im Leitfaden das gesamte Stadtgebiet behandelt.</p> <p>Es wird aufgezeigt, mit welchen Instrumenten, Massnahmen und Projekten auf das Wachstum und die Verdichtung der Stadt reagiert werden kann. Dieselbe departementsübergreifende Arbeits-</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Bildung von Freiräumen bei Siedlungserneuerungen. Zur Gartenstadt beitragen wird auch die schrittweise Umsetzung des Projekts «Raum für Bewegung und Sport».</p> <p>Zu einer vielfältigen Gartenstadt gehören auch die Vernetzung und die naturnahe Aufwertung von Naturschutzgebieten. Nachholbedarf besteht primär im Landwirtschaftsgebiet, tendenziell aber auch im Siedlungsgebiet. Die Vernetzungsprojekte im Landwirtschaftsgebiet sind deshalb grundlegend zu überarbeiten und nachhaltig zu etablieren. Mit der Umsetzung des Zukunftskonzeptes für die städtischen Landwirtschaftsbetriebe kann ein wichtiger Beitrag an den Landschafts- und Naturschutz geleistet werden. In den Naturräumen soll die Vielfalt an Wildtieren und Pflanzen überwacht und weiter gefördert werden.</p>	<p>gruppe, welche den Leitfaden erarbeitet hat, begleitet auch die Umsetzung und Kommunikation unter dem Titel Gartenstadt (unter anderem über www.gartenstadt.ch) und unterbreitet dem Stadtrat entsprechende Vorschläge.</p> <p>Von den im Leitfaden aufgeführten Projekten konnten einige bereits umgesetzt respektive es konnten Konzepte erarbeitet werden: Eulachpark 3. Etappe, Brühlgutpark, Allmend Gütli, Walcheweiher, Steglitobelbach, Eulachufer; Entwicklungskonzepte Stadtgarten, Promenadenring Altstadt, Freiraumring Neuhegi, Naherholung Töss, Leitbild Zürcherstrasse.</p> <p>Die bestehenden Vernetzungsprojekte der Landschaftsräume Eidberg, Taggenberg, Dättbau und Reutlingen wurden mit zielgerichteten Vorgaben für die Erstellung und Pflege von ökologischen Ausgleichsflächen grundlegend überarbeitet und vom Kanton genehmigt. Mit den gleichen Vorgaben wurden zusätzlich die Vernetzungsprojekte Brühlberg und Eschenberg erarbeitet. Das Vernetzungsprojekt Hegi musste vorläufig im Hinblick auf die zu erwartenden landschaftlichen Änderungen beim Hochwasser-Rückhalteraum Hegmatten zurückgestellt werden.</p> <p>Zur Überprüfung der Wirkungsziele wurde im Anschluss an die Vernetzungsprojekte für den Landschaftsraum Reutlingen ein Monitoring entwickelt. Durch Kontrollen und Bestandesaufnahmen konnte an Beispielen auf dem gesamten Stadtgebiet nachgewiesen werden, dass sich verschiedene, teils neu erstellte Flächen in den vergangenen vier Jahren zu bedeutenden Natur- und Landschaftsschutzobjekten entwickelt haben. Eine Ergänzung des entsprechenden Inventars um 16 neue Naturschutzgebiete (vorwiegend Magerwiesen) mit einer Fläche von über 900 Aren und mit 16 Landschaftsschutzobjekten (vorwiegend Hecken) wurde in die Wege geleitet.</p>


Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
<p>Profilierung als Kulturstadt</p>	<p>Die Ausstrahlung von Winterthur als Kulturstadt wird weiter gestärkt. Dabei geht es darum, sowohl die Leuchttürme als auch die Vielfalt zu pflegen und bekannter zu machen. Der Zusammenarbeit der Kulturinstitutionen kommt eine grosse Bedeutung zu. Sie soll deshalb weiter gefördert werden.</p> <p>Der Stadtrat hat zusammen mit den Kunstmuseen ein Konzept für die künftige Ausrichtung und Zusammenarbeit der Museen entwickelt. Als erster Schritt soll der organisatorische Zusammenschluss von Villa Flora und Kunstmuseum Winterthur erfolgen, um die Villa Flora als öffentliches Museum erhalten zu können. Die Villa Flora soll mit Unterstützung des Kantons umgebaut und auf den heutigen Wohntrakt erweitert werden. Die weiteren Elemente des Museenkonzeptes werden mittelfristig ebenfalls umgesetzt. Eine Aufwertung der Museenlandschaft erfolgt auch durch die Umsetzung des Lichtkonzepts entlang der Museumsmeile.</p> <p>Dem Kulturgüterschutz wird vermehrt Beachtung geschenkt werden.</p> <p>Die kulturelle Vielfalt in der Stadt Winterthur wird mittels Subventionsverträgen mit kulturellen Organisationen gefördert. Bis 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat eine Vorlage für die Erneuerung der befristeten Subventionsverträge. Die Kulturvermittlung wird weiter verstärkt, so wird ab 2010 auch</p>	<p>Ampel: </p> <p>Die Zielsetzung, Winterthur als Kulturstadt zu stärken, ist in den vergangenen vier Jahren konsequent verfolgt worden. In Bezug auf die Kulturpolitik hat die Stadt das formelle und informelle «Networking» intensiviert. Sie ist in einem institutionalisierten Austausch mit dem Bund, den Kantonen und Städten und ist in den massgebenden Gremien und Arbeitsgruppen vertreten. In Bezug auf die operativen Massnahmen sind auf allen Ebenen Initiativen gefördert worden, welche die Zusammenarbeit der Institutionen stärken und sie überregional ausstrahlen lassen. Die Stadt hat sich an überregionalen und nationalen kulturellen Projekten beteiligt. Sie hat im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zudem an der lokalen Wahrnehmbarkeit gearbeitet und Bedürfnisse der Kleinkultur unterstützt. Unter den wichtigen Massnahmen ist auch die Förderung der kulturellen Vermittlung zu erwähnen. Die Angebote zur Stärkung der Kulturvermittlung und das Lichtkonzept entlang der Museumsmeile sind umgesetzt.</p> <p>Der Stadtrat verfolgt weiterhin die Umsetzung des Museumskonzeptes, auch wenn es wegen «effort14+» nicht gelungen ist, auf städtischer Seite die Finanzierung seiner ersten Etappe – der Zusammenschluss von Villa Flora und Kunstmuseum Winterthur – in der vergangenen Legislaturperiode sicherzustellen. Der Stadtrat hat auf Empfehlung der vorberatenden Kommission des Grossen Gemeinderats die entsprechende Weisung sistiert, bis das neue Kulturleitbild voraussichtlich Ende 2014 vorliegt.</p> <p>Die Massnahmen zum Kulturgüterschutz sind mit hohen Investitionen verbunden. Dieses Ziel konnte nicht im gewünschten Rahmen erfüllt werden.</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>für die Theaterpädagogik ein interaktives Programm für die Schulen angeboten.</p>	<p>Die Verlängerung der Subventionsverträge soll ebenfalls auf der Basis des neuen Kulturleitbildes erfolgen. Die bestehenden, per Ende 2013 auslaufenden Verträge werden vorbehältlich der Genehmigung durch den GGR interimistisch verlängert.</p>
<p>Schule als Lebensraum</p>	<p>Das Wachstum der Stadt verlangt nach zusätzlichem Schulraum. In der Legislatur werden neue Schulhäuser in Wülflingen (Wyden) und Oberwinterthur (Zinzikon, Wallrüti und Neuhegi) gebaut oder geplant.</p> <p>Die Schulen inkl. Kindergärten und Betreuung werden als Lebensräume positioniert. Ihre Gestaltung ist erlebnisorientiert und bewegungsfreundlich. Lehr- und Lernpersonen sollen sich sicher fühlen, es soll ein offenes Klima herrschen, und in allen Schulen sollen Schüler- und Elternräte bestehen, um die Mitwirkung zu stärken. Das familienergänzende Angebot wird mit hoher Qualität und auf die Bedürfnisse der Kinder und Eltern ausgerichtet möglichst effizient erbracht.</p> <p>Damit gegen Ende der Schulzeit die Chancen für einen Berufseinstieg erhöht werden können, soll die Berufsvorbereitung verstärkt werden.</p> <p>Die Reorganisation der Schulbehörden wird umgesetzt, und die in einer zweiten Etappe ab 2014 vorgesehenen Änderungen (Reduktion Anzahl Schulkreise und nebenamtlicher Kreisschulpflegemitglieder) werden vorbereitet. Stadtrat und Zentralschulpflege pflegen einen offenen Dialog und unterstützen sich ge-</p>	<p>Ampel: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Das Schulhaus Wyden mit zwölf Klassenzimmern, zwei Turnhallen und einer schulergänzenden Betreuung konnte 2011 in Betrieb genommen werden. In hochwertigen Pavillons in Holzbauweise, die den Minergie-Standard erfüllen, konnten ausserdem insgesamt 22 Klassenzimmer mit den zugehörigen Gruppenräumen als Ergänzung zu den bestehenden Schulanlagen Tössfeld (Schulkreis Stadt), Eichliacker (Schulkreis Töss), Guggenbühl (Schulkreis Oberwinterthur) und Schönggrund (Schulkreis Mattenbach) erstellt werden.</p> <p>Die Öffnung der Schulanlagen ist ein grosser Erfolg. Die Schulanlagen werden von der Bevölkerung ausserhalb der Schulstunden als Bewegungsräume rege genutzt.</p> <p>Bei der Kinderbetreuung im Vorschulalter wurde ein Meilenstein erreicht. So konnten sowohl genügend subventionierte als auch nicht subventionierte Plätze angeboten werden. Zum ersten Mal spielte der Markt auch bei den subventionierten Kita-Plätzen. In der schulergänzenden Betreuung ist der Bedarf in den vergangenen vier Jahren stetig angestiegen, und der Ausbau wurde mit hoher Priorität und Qualität umgesetzt. Im Sommer 2013 wurden 33 % der Primarschulkinder in der schulergänzenden Betreuung angemeldet, was einer neuen Rekordzahl entspricht.</p> <p>Mit dem Ausbau und der Neupositionierung der Berufsvorberei-</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>genseitig in der Erfüllung ihrer Aufgaben.</p>	<p>tungsjahre (BVJ) - die drei Schulen wurden zusammengeführt - ist die Verstärkung der Berufsvorbereitung angegangen und erreicht worden.</p> <p>Die Umsetzung der Reorganisation der Schulbehörden verläuft plangemäss. Das Wahlverfahren für die neu formierten Behörden ist eingeleitet. Die Kreisschulpflege-Präsidien der zu fusionierenden Kreise bereiten die Zusammenlegung mit den Sekretariaten und Schulleitungen vor. Die Standortfrage für die künftigen KSP-Sekretariate ist noch offen, da die Zuständigkeit nicht geklärt ist. Entsprechende Abklärungen sind im Gange.</p>
<p>Stärkung der Bildungsstadt</p>	<p>Winterthur ist ein Zentrum für praxisorientierte Ausbildung und eine lebendige Studentinnen- und Studentenstadt. Der Stadtrat will diese Positionierung weiter stärken. Er sucht hierzu eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Bildungsinstitutionen.</p> <p>Der Stadtrat nimmt die Bedürfnisse der Bildungsinstitutionen hinsichtlich ihrer räumlichen Entwicklung in seine Konzepte zur Stadtentwicklung auf. Insbesondere von der stark wachsenden ZHAW ist diesbezüglich Nachfrage zu erwarten, etwa auf dem Areal des ehemaligen Technikums. Die Stadt will in den Gremien des Kantons über die Entwicklung der kantonalen Institutionen in Winterthur mitentscheiden.</p> <p>Für die Stärkung der Bildungsstadt wichtig ist im Weiteren die Verfügbarkeit von Wohnraum für Studentinnen- und Studenten. Der Stadtrat setzt sich gemein-</p>	<p>Ampel: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Die Bildungsstadt ist ein zentrales Element der Marke Winterthur (Faktor «Zentrum für praxisorientierte Ausbildung» und Faktor «lebendige Studentinnen- und Studentenstadt»). Die Stärkung der Bildungsstadt verfolgt die Stadt Winterthur in enger Zusammenarbeit mit der Standortförderung Region Winterthur und weiteren involvierten Bezugsgruppen und -personen. Die Umsetzung der 2012 publizierte Entwicklungsperspektive Hochschulstandort Winterthur geniesst hohe Priorität. Hierzu wurde eine eigene Arbeitsgruppe gegründet, in welcher nebst der Stadt und der Standortförderung die wichtigsten Stellen seitens ZHAW und Kanton Zürich vertreten sind. Der damit sichergestellte regelmässige Austausch erleichtert auch die Realisierung beziehungsweise die gegenseitige Abstimmung geplanter Projekte (z.B. Arbeiten rund um den Standort Technikumstrasse). Insgesamt will der Kanton rund 800 Millionen Franken investieren.</p> <p>Themen wie studentisches Wohnen, Unterstützung von Startup-Firmen aus der Hochschule und der Technologietransfer sind</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>sam mit Privaten für einen Ausbau des Angebots ein.</p>	<p>wichtige gemeinsame Themen; dabei funktioniert der Technopark als zentrales Bindeglied.</p> <p>Laufende und aufgegleiste Projekte beziehungsweise Anstrengungen (Auswahl):</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gegenseitiger Wissensaustausch (Stadt – ZHAW) durch gemeinsam bearbeitete Projekte, etwa das KTI-Projekt «Planungsmethode städtebaulicher Quartierentwicklungsleitbilder», Studie zur Kreativwirtschaft Winterthur (zusätzliche Mitarbeit regionale und kantonale Standortförderung), Urban Forum im Rahmen des 750-Jahre-Stadtjubiläums ▪ Unterstützung zur Ansiedlung von Bildungsinstitutionen (Standortförderung) ▪ Internationaler Berufsbildungskongress 2014–2016 (Standortförderung) ▪ Projekt Brainpool (Standortförderung, ZHAW, KMU-Verband) <p>Die Verfügbarkeit von studentischem Wohnraum konnte mit dem 2013 eröffneten Studentenwohnheim an der Bürglistrasse weiter verbessert werden (77 Wohneinheiten, Eigentümerin SSKA Heuberger Holding AG, Verwalterin und Betreiberin Studentische Wohngenossenschaft Zürich WOKO). Um den durch die weiter wachsende Studierendenzahl entstehenden Bedürfnissen auch in Zukunft entgegenkommen zu können, sind sowohl die ZHAW als auch die Stadt Winterthur mit verschiedenen Parteien und Landeigentümern in Kontakt.</p>
<p>Solide Finanzen</p>	<p>Gesunde Finanzen sind eine zentrale Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Zwei erfolgreiche Sanierungsprojekte (win.03 und HS07)</p>	<p>Ampel: </p> <p>Solide Finanzen zu haben ist eine Daueraufgabe, die bezüglich Zielsetzung und Zielerreichung immer wieder neu beurteilt werden muss. In der vergangenen Legislatur gehörten zwei wichtige</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>haben den städtischen Finanzhaushalt ins Gleichgewicht gebracht. Trotzdem ist der finanzielle Spielraum sehr eng geblieben.</p> <p>Der Haushalt der Stadt ist nach wie vor stark auf den kantonalen Finanzausgleich angewiesen. Winterthur leidet unter sehr hohen Zentrumslasten und gehört zu den finanziell meistbelasteten Städten der Schweiz. Die voraussichtlich ab 2012 wirksame Reform des Finanzausgleichs wird dieses strukturelle Ungleichgewicht verringern und der Stadt ermöglichen, eine vom Kanton unabhängigere Finanzpolitik zu betreiben. Die vom Kantonsrat verabschiedete Höhe des Zentrumslastenausgleichs wird den Spielraum, aber nicht die insgesamt verfügbaren Mittel erhöhen. Ein umsichtiger Umgang mit den finanziellen Mitteln wird nach wie vor gefordert sein. Um schlechte Konjunkturzyklen zu bewältigen, ist in den kommenden Jahren ein angemessenes Eigenkapital zu äufnen.</p> <p>Der Stadtrat wird sich in diesem Zusammenhang gegen die Tendenz zur Wehr setzen, Aufgaben von Kanton oder Bund übernehmen zu müssen, ohne gleichzeitig auch die finanziellen Mittel und Entscheidungskompetenzen in der Umsetzung zu erhalten.</p> <p>Um die finanzielle Basis der Stadt zu verbessern, muss die heute unterdurchschnittliche Steuerkraft erhöht werden. Zu diesem Ziel tragen alle Aktivitäten für die Steigerung der Standortqualität bei.</p> <p>Das Bevölkerungswachstum und die Veränderung bei der Alterszusammensetzung stellt die Stadt vor grosse</p>	<p>Themen dazu: Die Umstellung auf den neuen Finanzausgleich und die Sanierung der Pensionskasse.</p> <p>Der neue Finanzausgleich, der seit 1. Januar 2012 in Kraft ist, hat die erhoffte Entlastung nicht gebracht. Obwohl es dem Stadtrat gelungen ist, einen um elf Millionen Franken höheren Zentrumslastenausgleich zu erwirken als vom Regierungsrat beantragt, zeigte sich nach Ablauf der Übergangsregelung mit aller Deutlichkeit, dass der Betrag mit 86 Millionen Franken und der Fixierung auf der Kostenbasis 2005 viel zu tief angesetzt ist, um die steigenden Lasten angemessen auszugleichen. Auch wenn es der Regierungsrat abgelehnt hat, den Wirksamkeitsbericht vor 2016 zu erstellen und den Zentrumslastenausgleich neu zu berechnen, wird sich der Stadtrat dafür einsetzen und mit dem Kanton weiter nach Lösungen suchen, um den städtischen Finanzhaushalt nachhaltig zu verbessern.</p> <p>Das stetige Sinken des Deckungsgrades und der gesetzliche Auftrag, die Pensionskasse bis zum 1. Januar 2014 zu verselbstständigen, gaben den Ausschlag, die Sanierung zügig voranzutreiben. Indem die Stadt Winterthur das neue Rechnungslegungsmodell «HRM2» als Pilotgemeinde vorzeitig per 1. Januar 2014 einführt, kann die Pensionskasse ohne Gefährdung des Haushaltgleichgewichts voll kapitalisiert in die Selbstständigkeit überführt werden.</p> <p>Nachdem sich im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) für 2014 ein massives Defizit abzeichnete, sah sich der Stadtrat gezwungen, ein einschneidendes Sanierungsprogramm einzuleiten mit dem Ziel, nachhaltig gesunde Stadtfinanzen zu erreichen, ohne die Stärken der Stadt Winterthur zu gefährden. Er schnürte mit dem Sanierungsprojekt «effort14+» ein Massnahmenpaket mit Einsparungen von insgesamt 47 Millionen Franken sowie mit ei-</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Herausforderungen bezüglich der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur. Um alle Vorhaben finanzieren zu können, wird der Stadtrat die Investitionsplanung laufend überprüfen und die Vorhaben priorisieren.</p>	<p>ner Steuererhöhung von 5 Prozent. Damit gelang es, dem Parlament für 2014 ein beinahe ausgeglichenes Budget vorzulegen. Die Finanzlage bleibt jedoch auch in Zukunft äusserst angespannt, und es werden weitere Anstrengungen nötig sein, um die finanzielle Situation nachhaltig zu verbessern.</p> <p>Trotz aller Anstrengungen zur Steigerung der Standortqualität ist es nicht gelungen, die unterdurchschnittliche Steuerkraft der Stadt Winterthur zu erhöhen. Insbesondere werden auch zusätzliche Steuererträge durch geringere Ressourcenausgleichszahlungen in der Regel wieder ausgeglichen.</p> <p>Der Investitionsbedarf der Stadt Winterthur ist nach wie vor hoch und das geplante Investitionsvolumen übersteigt die finanziellen Möglichkeiten bei weitem. Der Stadtrat hat sich deshalb im Rahmen des Budgets 2014 intensiv mit der Investitionsplanung auseinandergesetzt, die Projekte wurden priorisiert und die Planung auf eine finanzierbare Höhe reduziert. Um die Planungssicherheit weiter zu erhöhen, wird der Aufbau eines wirksamen Investitionscontrollings vorangetrieben.</p>
Wirtschaft fördern	<p>Für die Förderung der Wirtschaft sollen die bisherigen Anstrengungen fortgeführt werden. Oberstes Ziel ist der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowohl mit hoher Wertschöpfung als auch für weniger qualifizierte Arbeitskräfte. Die Zusammenarbeit mit der Standortförderung Region Winterthur hat einen hohen Stellenwert.</p>	<p>Ampel: </p> <p>Die Förderung der Wirtschaft auf städtischer Ebene bedeutet die Pflege der verschiedenen Standortfaktoren (Aufgabe der Stadtentwicklung) sowie die Neuansiedlung von Unternehmen und die Bestandespflege (Aufgabe der Standortförderung).</p> <p>Laufende beziehungsweise aufgegleiste Projekte (Auswahl):</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherung von Flächenpotenzialen für Industrie und Gewerbe im Gebiet Neuhegi-Grüze (vgl. Ziel «Nachhaltige Gebietsentwicklung in Neuhegi»)

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Von besonderer Bedeutung ist die Sicherstellung von Industrie- und Gewerbeland. Durch die Einsetzung einer Planungszone im Entwicklungsgebiet Neuhegi und die Überführung der bestehenden Planungen in verbindliches Recht bis 2013 kann hierzu ein entscheidender Beitrag geleistet werden. Gegen Ende Legislatur soll zudem eine Revision der Bau- und Zonenordnung gestartet werden.</p> <p>Zu den guten Rahmenbedingungen gehören sodann moderate Tarife und Gebühren, effiziente und kundenorientierte Baubewilligungsverfahren, eine gute Verkehrserschliessung und -anbindung, die Vernetzung innerhalb der Wirtschaft und mit Aus- und Weiterbildungsanbietenden sowie eine hohe Lebensqualität in der Stadt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vertragsverhandlungen für Grundstücke an der Frauenfelderstrasse ▪ Eruierung von Potenzialen der Kreativwirtschaft Winterthur (in Zusammenarbeit mit der ZHAW sowie der regionalen und der kantonalen Standortförderung) ▪ Erarbeitung einer Impulsstrategie Arbeitsplätze ▪ KMU-Apéro ▪ Wirtschaftsgespräche ▪ Unternehmensbesuche des Stadtpräsidenten ▪ Berateranlass der Standortförderung Region Winterthur ▪ gezielte Bearbeitung der «Nische Japan» (grosser Erfolg: Ansiedlung DMG Mori) ▪ regelmässige Unternehmensbefragung der Standortförderung. <p>In der Legislatur 2010–2014 wurden Grundlagen für eine zukünftige Teil- oder Gesamtrevision der BZO erarbeitet.</p> <p>Für das Baubewilligungsverfahren beantragte der Stadtrat 2013 beim Parlament eine Gebührenerhöhung. Aus der Erhöhung resultieren wiederkehrende Mehreinnahmen von 500 000 Franken. Der Stadtrat beschloss 2012, die aus dem Jahre 1999 stammende Geschäftsapplikation für das Baubewilligungsverfahren durch eine zeitgemässe elektronische Baugesuchs-Geschäftskontroll-Applikation («eBAGE») zu ersetzen. Das «eBAGE» wird wesentlich zu einem effizienten und kundenorientierten Baubewilligungsverfahren beitragen.</p> <p>Das kantonale Zentrumsgebiet Oberwinterthur soll mit einer separaten Verkehrsanbindung (Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze) für den motorisierten Individualverkehr über einen Anschluss zur Frauenfelderstrasse in Richtung Autobahn erschlossen werden. Diese Verkehrserschliessung ist für die ansässigen Unternehmungen und Betriebe in Neuhegi-Grüze wichtig. Der</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
		<p>Stadtrat beantragte dem GGR 2013 die Linienführung der neuen Strasse. Mit einem geschlossenen Auftreten gegenüber Bund und Kanton soll die inzwischen bald zwanzigjährige Geschichte für eine gute Erschliessung des kantonalen Zentrumsgebiets Oberwinterthur zu einem positiven Abschluss gebracht werden.</p> <p>Die hohe Lebensqualität in Winterthur zeichnet sich weiterhin unter anderem durch tiefe Lebenskosten, hervorragende Infrastruktur und eine ideale Lage aus. Die 2011 durchgeführte Bevölkerungsbefragung ergab das sehr gute Resultat, dass mehr als drei Viertel der Bevölkerung sehr gerne in Winterthur wohnt.</p>
<p>Effiziente und kundenorientierte Verwaltung</p>	<p>Die Stadtverwaltung arbeitet sehr effizient und kundenorientiert. Das zeigen die Erkenntnisse aus dem Programm «Haushaltsanierung 2007» und die Resultate der Bevölkerungsumfrage 2009.</p> <p>Einen Beitrag zur weiteren Steigerung von Effizienz und Kundenorientierung kann das Projekt Fokus leisten, die Konzentration eines Teils der Verwaltungsstellen im «Superblock» auf dem Sulzerareal. Das Vorhaben wird spätestens 2011 den Stimmberechtigten vorgelegt und danach, die Annahme vorausgesetzt, bis 2015 umgesetzt.</p> <p>Mit demselben Ziel soll ein neues Polizeigebäude erstellt werden, welches die seit Jahren bestehenden Raum- und Standortprobleme löst. Bis Ende 2010 wird der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat einen Projektierungskredit beantragen. Das Ziel ist, dass bis spä-</p>	<p>Ampel: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Am 28. November 2010 wurde die Vorlage zur Zentralisierung der Stadtverwaltung im Superblock vom Volk gutgeheissen. In der Folge wurde die Umsetzung des Projekts Fokus zügig an die Hand genommen. Eine erste Etappe, der Rohbau, konnte am 5. September 2013 mit einem Aufrichtefest abgeschlossen werden.</p> <p>Inzwischen sind die Belegungspläne erstellt und die Layouts weitgehend genehmigt. In einem massstabgetreu eingerichteten Modellbüro konnten die vom Umzug betroffenen Abteilungen ihre zukünftige Bürosituation realitätsnah erfahren. Die nächsten Schritte sind in die Wege geleitet, so dass aus heutiger Sicht der Umzug im Frühling 2015 wie vorgesehen erfolgen kann.</p> <p>Der Grosse Gemeinderat hat mit Beschluss vom 16. März 2011 einen Projektierungskredit in der Höhe von 2,5 Millionen Franken für ein neues Polizeigebäude bewilligt. Anschliessend wurde für den Neubau ein öffentlicher zweistufiger Projektwettbewerb durchgeführt. Auf Empfehlung des Beurteilungsgremiums be-</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>testens Ende Legislatur die Stimmbevölkerung über einen Baukredit für einen Neubau abstimmen kann.</p> <p>Auch die Konzentration von Stadtbus auf einen Standort im Grüzefeld und der Bau von zusätzlichen Depotstandplätzen sind notwendig, um die Effizienz im Betrieb steigern und die Wachstumsziele im öffentlichen Verkehr erreichen zu können.</p> <p>Für eine dienstleistungsorientierte und effiziente Verwaltung braucht es professionelle und motivierte Mitarbeitende. Die Personalarbeit und deren Organisation sollen im Hinblick darauf überprüft und den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden. Im Weiteren wird das betriebliche Gesundheitsmanagement ausgebaut. In diesem Zusammenhang sollen zudem zur Optimierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Möglichkeiten zur Teilzeitanstellung, vermehrt auch für Männer, mit gezielten Massnahmen gefördert werden. 2011 wird zum zweiten Mal nach 2008 eine umfassende Personalbefragung durchgeführt.</p> <p>Um die Verwaltungseffizienz weiter zu steigern, sollen die technischen Mittel weiter ausgebaut und die Departements- und Verwaltungsstrukturen gezielt überprüft werden.</p>	<p>schloss der Stadtrat am 31. Oktober 2012, das Projekt «Bobby» der Architekten Oliv Brunner Volk Architekten GmbH, Zürich und der Landschaftsarchitekten Rotzler Krebs Partner GmbH, Winterthur, weiterzubearbeiten. Im Verlaufe des Jahres 2013 wurden die Wettbewerbspläne weiterentwickelt und verfeinert. Das Ziel, dass die Stimmbevölkerung bis spätestens Ende Legislatur über den Baukredit für einen Neubau abstimmt, konnte nicht erreicht werden. Die Volksabstimmung ist neu im Jahr 2015 vorgesehen.</p> <p>Die Zentralisierung von Stadtbus wird im Sommer 2015 nach der Beendigung der Renovationsarbeiten im bestehenden Depot Grüzefeld vollendet werden. Bereits ab dem Frühjahr 2014 steht die neue Halle für die zusätzlichen Fahrzeuge sowie die neue Verwaltung zur Verfügung.</p> <p>Im Rahmen des Projektes HR-Transformation wurde in einem Teilprojekt HR-Organisation die Aufgabenteilung zwischen dem Personalamt und den dezentralen Personaldiensten in den Departementen und Bereichen überprüft und angepasst. Die Anzahl der Personaldienste wurde auf neun reduziert. Für die Mitarbeitenden der dezentralen Personaldienste wurden klare Profile definiert. Mit regelmässigen Schulungsanlässen wird dafür gesorgt, dass das städtische Personalrecht möglichst einheitlich umgesetzt wird. Das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) wurde mit bescheidenen Mitteln aufgebaut; die Nachfrage nach Unterstützung durch das BGM ist klar steigend. Die Personalbefragung 2011 wurde durchgeführt; insbesondere die regelmässige Befragung erlaubt es, Veränderungen wahrzunehmen und zu reagieren.</p> <p>Die Förderung von Teilzeitanstellungen insbesondere auch für Männer und die Optimierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden gleichzeitig auf mehreren Ebenen verfolgt. Die Bro-</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
		<p>schüre «Teilzeitarbeit – Informationen und Leitfaden» bietet umfassende Informationen und Instrumente, um auf individueller und organisationaler Ebene die Möglichkeit und die Ausgestaltung von Teilzeitarbeit einzuschätzen und zu konkretisieren. Im Rahmen der Kampagne «wer teilt gewinnt» wurden 2011 und 2012 insgesamt vier Impulsveranstaltungen durchgeführt an denen jeweils rund 70 Mitarbeitende teilgenommen haben. Themen waren: Balance zwischen Familie und Berufsleben, Teilzeit auf Kaderstufe und Väter und Teilzeit. Als weiterer Impuls wurden 2013 Männer direkt angesprochen mit der Podiumsveranstaltung «Teilzeit ist auch Männersache». Neben Information und Impulsen konnte die Fachstelle Chancengleichheit und Gleichstellung im 2013 ein Pilotprojekt zum Thema Teilzeit in einer Organisationseinheit durchführen. Ziel war dabei, die Möglichkeit von Teilzeitarbeit mit den betrieblichen Bedürfnissen und Entwicklungen abzustimmen und eine Teilzeit-Policy zu entwickeln.</p> <p>Die Verwaltung wurde des Weiteren auch dadurch effizienter und kundenorientierter, dass zum Beispiel die elektronische Aktenführung schrittweise eingeführt und die elektronische Geschäftsführung etabliert wurden. Ausserdem dient der neue, renovierte Lesesaal im Stadtarchiv der Kundenfreundlichkeit.</p>
Ausbau E-Government	Die modernen Kommunikationsmittel für den Dialog mit der Verwaltung werden zweckmässig eingesetzt und weiter ausgebaut, damit die Stadt ihre Dienstleistungen effizient und kundenfreundlich erbringen kann. Winterthur soll eine Pionierstadt im E-Government bleiben.	<p>Ampel: </p> <p>Die vom Stadtrat verabschiedete E-Government-Strategie musste aufgrund der Sparmassnahmen überarbeitet und den neuen finanziellen Möglichkeiten angepasst werden. Der Stadtrat verfolgt deshalb nun die Strategie «Slow Follower». Die Projektleitung ist jedoch bestrebt, kleinere Vorhaben umzusetzen. Sie pflegt zudem Kontakte zu anderen Städten und dem Kanton Zürich, um Kooperationen herzustellen, mit welchen die Stadt Winterthur kosten-</p>

Randtitel	Text Legislaturziele 10/14	Text Berichterstattung
	<p>Die Bevölkerung und die Wirtschaft sollen die wichtigen Geschäfte mit den Behörden elektronisch abwickeln können. Die Stadt ihrerseits soll ihre Geschäftsprozesse modernisieren und intern elektronisch kommunizieren. Als Projekte sind der Ausbau des elektronischen Baubewilligungsverfahrens, das Lösen von Parkkarten, die Suche von Fundgegenständen sowie diverse Meldeverfahren in Bearbeitung. Zudem ist die Erneuerung des geografischen Informationssystems vorgesehen.</p> <p>Im Weiteren soll auch der elektronische Verkehr der Stadtverwaltung mit Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden ausgebaut werden. Innerhalb der Stadtverwaltung wird die elektronische Unterstützung für die Geschäftsprozesse und die Archivierung der Dokumente optimiert.</p>	<p>günstig an E-Government-Lösungen partizipieren kann.</p> <p>Die Stadt hat die Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Zürich und den Gemeinden unterzeichnet. Diese hat zum Ziel, fachliche, personelle und finanzielle Synergien zu nutzen und gemeinsame E-Government-Projekte zu realisieren.</p> <p>Das Elektronische Fundbüro wurde eingeführt, auch Baugesuche können künftig in elektronischer Form eingereicht werden. Die Erneuerung des geografischen Informationssystems ist in Umsetzung. Innerhalb der Verwaltung wurde das Geschäftsverwaltungssystem «iGEKO» eingeführt und das «Elektronisches Records Management» (ERMS) befindet sich in der Pilotphase.</p>